

Den antibürokratischen, antiimperialistischen, antirevisionistischen Kampf verstärken!



Nr. 64

30. Juni 1970

SDS-ML

Solidaritätsadresse

Das Verbot des SDS-Heidelberg ist ein weiteres Zeichen der fortschreitenden Faschisierung in der BRD und allen monopolkapitalistischen Staaten in der ganzen Welt. Nach dem Verbot der marxistisch-leninistischen KPF/ML und der Gauche Prolétarienne in Frankreich werden nun auch revolutionäre Organisationen in der BRD verboten. Genosse Mao Tse-tung stellt fest: „Wenn der Feind uns bekämpft, so ist das gut und nicht schlecht.“ Deshalb müssen wir konsequent unseren Kampf, der mit der 2.-Juni-Bewegung begann, im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung fortsetzen. Die

marxistisch - leninistischen Studenten müssen sich nun endlich auf nationaler Ebene organisieren. Nieder mit dem westdeutschen Kapitalismus! Nieder mit dem faschistischen Terror! Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Hoch der Marxismus-Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen!

In kommunistischer Solidarität!

SDS/ML Bochum
AStA Ruhr-Universität
Fachschaft u. Rote Zelle Jura
Redaktion der Bochumer Studentenzeitung (BSZ)
Fachschaft Mathematik
Rote Zelle Mathematik

Am Donnerstag der vergangenen Woche verbot die Baden-Württembergische Landesregierung die Heidelberger Hochschulgruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Gleichzeitig wurde die Auflösung der Gruppe diktiert.

Anlaß für das Verbot war die Demonstration gegen das Treffen der imperialistischen „Entwicklungshilfe“-Planer am vorhergehenden Freitag in Heidelberg. Dort hatten der zynische Vietnam-Kriegsverbrecher McNamara, einstiger US-Kriegsminister und jetziger Weltbankpräsident sowie die „Haute Volée“ des westlichen Imperialismus getroffen, um das nächste Jahrzehnt imperialistischer Expansion in den unterdrückten und vom Imperialismus abhängigen Länder zu planen. Gegen dieses Treffen führte der SDS-Heidelberg eine erfolgreiche antiimperialistische Demonstration durch, in deren Verlauf es zu zahlreichen Übergriffen durch die Polizei kam. Die besondere Note erhält der Polizeiterror in Heidelberg dadurch, daß sich in Heidelberg das Hauptquartier der US-Streitkräfte in der BRD befindet. Das hatte unter anderem bereits wiederholt dazu geführt, daß sich die Ruhe-und-Ordnungs-Sachwalter der Bourgeoisie, so der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel und der baden-württembergische Innenminister Krause „gezwungen“ sahen, massierte Polizeikräfte einzusetzen, ja selbst mit dem Einsatz von Bundesgrenzschutzseinheiten drohten, obwohl die politischen Auseinandersetzungen in Heidelberg noch nie eine ähnliche Härte angenommen hatten wie etwa in Westberlin.

Das Verbot der konsequenten Avantgarde der 2.-Juni-Bewegung in Heidelberg, des SDS, stellt die gesamte antikapitalistische Opposition in der BRD und insbesondere ihren revolutionären Teil vor die Frage, welche weiteren Konsequenzen die Bourgeoisie aus diesem Fall zunächst isoliert angewandten Verbotsterrors ziehen wird. Es geht dabei insbesondere um die Frage der kurzfristigen Einschätzung, denn langfristig dürfte klar sein, daß die Bourgeoisie bei einem Erstarren

Kurz nach Bekanntgabe setzte die Landesregierung eine umfangreiche Polizeiaktion in Gang. Der Heidelberger SDS, der die konsequente Avantgarde der 2.-Juni-Bewegung in Heidelberg darstellte, hatte nach der Auflösung des SDS

insbesondere der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML, faschistischen Terror entfalten wird, unabhängig davon, ob nun SPD- oder CDU/CSU-Lakaien in der Regierung sitzen. Die „rechtlichen“ Möglichkeiten hat sich die Bourgeoisie dazu schon in Form der Notstandsgesetze geschaffen. Bemerkenswert ist vor allen Dingen in diesem Zusammenhang, daß das Verbot von einer CDU-SPD-Koalition ausgesprochen wurde, wenige Wochen nachdem CDU und SPD in Westberlin gemeinsam das Handgranatengesetz beschlossen haben.

Es gibt drei mögliche Einschätzungen für das Verbot:

1. Es handelt sich um einen Testfall, bei dem die Bourgeoisie feststellen will, wie sie sich im Falle einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage, bei gleichzeitiger Zunahme der spontanen und politisch organisierten Kämpfe der Arbeiterklasse verhalten soll.
2. Das Verbot des SDS-Heidelberg ist der Auftakt zu weiteren Verboten von Organisationen der revolutionären Linken, die nun in rascher Abfolge ausgesprochen werden sollen.
3. Es handelt sich um einen simplen Fehler einer faschistisch überdrehten Bürokratie, die in einer Situation, in der es für die Bourgeoisie noch nicht opportun ist, die bürgerlich-demokratische Maske fallen zu lassen, blind und ohne präzise Kalkulation verbietet. Fest steht:

Die westdeutsche Bourgeoisie hat ihre genauen Analysen über den französischen Mai 68. Sie hat festgestellt, daß eine ernsthafte Rezession und der Arbeiterverrat der (in Frankreich der CGT) Gewerkschaften eine zeitweilig dominante Rolle der revolutionären Studentenbewegung hervorrufen können. Sie weiß ebenfalls genau, daß die

als lokale SDS-Gruppe weiterexistiert und seine Arbeit unverändert fortgesetzt.

In einer zusammengepuzzelten Verbotsbegründung (vgl. BSZ-Dokumentation auf Seite 2) behauptete das Stuttgarter Krau-

se-Innenministerium, der SDS Heidelberg sei eine Vereinigung, „deren Zwecke und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten“!

revolutionäre Partei der Arbeiterklasse sich unmittelbar darauf an die Spitze dieser gemeinsamen Bewegung setzen kann. Genau aus diesem Grunde ist deshalb schon seit zwei Jahren die französische revolutionäre Partei der Arbeiterklasse die Kommunistische Partei

Daß es sich bei dem Verbot des SDS-Heidelberg um den Auftakt für weitere kurzfristig erfolgende Verbote handelt, dagegen spricht, daß man sich eine, verglichen mit anderen Organisationen relativ schwache, Organisation ausgesucht hat, die zudem nur im lokalen Rahmen einige Bedeutung hat. Offensichtlich handelt es sich also eher um einen Test.

Ein Fehler der Bourgeoisie kommt eigentlich auch nicht in Frage, da die reaktionäre Stadt- wie auch Landesbürokratie schon zu wiederholtem Male versucht hat, den SDS-Heidelberg zu liquidieren. Erst vor einem Jahr unternahm die Heidelberger Polizei einen Überfall auf den AStA, zerschlug wahllos Inventar, beschlagnahmte, was zu beschlagnahmen war und prügelte brutal auf wehrlose Studenten ein. Bevorstehende Landtagswahlen können also für das schon lange geplante Verbot der Anlaß gewesen sein, es jetzt durchzuführen. SPD und CDU-Schergen der Stuttgarter großen Koalition wollten sich gegenseitig bei der Herstellung von „Ruhe und Ordnung“ überbieten.

Für Dienstag haben die Heidelberger Genossen zu Solidaritätsdemonstrationen in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin aufgerufen. Es muß alles daran gesetzt werden, zu zeigen, daß sich die 2. Juni-Bewegung nicht wehrlos zerschlagen läßt. Wir müssen jetzt entschieden den antibürokratischen, antiimperialistischen und antirevisionistischen Kampf der 2. Juni-Bewegung intensivieren! Wir müssen konsequent den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung fortführen! Nieder mit dem faschistischen Verbotsterror! Unsere uneingeschränkte Solidarität den Heidelberger SDS-Genossen!



Frankreichs/Marxisten-Leninisten verboten. Um also den für einen solchen Fall möglichen „Zündeffekt“ revolutionärer Studenten abzublocken, kann das Heidelberger Verbot kurz- und mittelfristig nur den Sinn haben, diese Bewegung prophylaktisch zu zerschlagen, bevor es zu den für die Bourgeoisie unerwünschten Konsequenzen gekommen ist. Den selben Sinn hatte im übrigen auch das erst kürzlich in Frankreich erfolgte Verbot der spontaneistischen Gauche Prolétarienne.

DEMONSTRATION

Gegen das Verbot des Heidelberger SDS
HEUTE 17 Uhr Husemannplatz



Baden-Württembergs Noske: Innenminister Krause

Innenministerium
Baden-Württemberg
Nr. III 2406-71/32
7 Stuttgart 1, den 24. Juni 1970
Postfach 277
Dorotheenstraße 6

Verfügung:
Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes
1. Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ist als Vereini-

Gruppe selbständig und ohne organisatorische Bindung an andere etwa noch existierende ähnliche Gruppen weiter. Auch ihre Tätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf Heidelberg, jedenfalls jedoch auf den Landesbereich. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ist ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593). Ihr Führungsorgan ist seit Januar 1970 der sogenannte Zentralausschuß. Einen Vorstand im herkömmlichen Sinne hat sie, soweit bekannt, gegenwärtig nicht.

wendung von Schlagwerkzeugen, durch Steinwürfe und das Werfen von Farbbeuteln zu durchbrechen, durch polizeiliche Einsatzkräfte zurückgedrängt werden. Die kurz danach ankommende zweite Gruppe ging in Keilform gegen die äußere Absperrung vor und versuchte, zum Haupteingang des Hotels „Europäischer Hof“ vorzudringen. Dabei wurden Latten, Steine und Farbbeutel als Wurfgeschosse gegen die eingesetzten Polizeibeamten benutzt. Das offensichtlich vorgeplante gewaltsame Eindringen in

Ausschreitungen das Dienstgebäude der Polizeidirektion Heidelberg mit faustgroßen Steinen beworfen; dabei wurden 7 Scheiben zertrümmert.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen an diesem Tage erlitten 25 Polizeibeamte schwere Verletzungen. Weitere 45 Beamte wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist beträchtlich und noch nicht abschätzbar.

Die Demonstration war von der Heidelberger SDS-Funktionärin Ariane Brodhage angemeldet worden. Als Teilnehmer an den gewalttätigen Aktionen gegen den Entwicklungshilfekongress wurden u. a. die SDS-Mitglieder Hans-Gerhard („Joscha“) Schmierer, Burkhard von Braunbehrens, Thomas Ripke, Uwe Kreuter, Jochen Noth, Claudia Stecher, Armin Zumrode, Günther Mangold, Günter Baumann, Dietrich Hildebrandt, Volker Müller, Bernhard Vatter, Bernd Königler, Herbert Bregler und Dieter Wesemann mit Sicherheit erkannt. Bei Wesemann handelt es sich um denjenigen Demonstrationsteilnehmer, der festgenommen wurde, weil er eine schwere und spitze Eisenstange auf einen Polizeibeamten geschleudert hatte, der sich lediglich im letzten Augenblick durch Zurschneidung hatte retten können.

Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS trägt für die Ausschreitungen am 19. Juni 1970, bei denen u. a. die Straftatbestände des Landfriedensbruchs, des versuchten Totschlags, der Nötigung, der gefährlichen Körperverletzung u. a. erfüllt wurden, um so mehr die Verantwortung, als nicht etwa nur die versammlungsrechtliche Anmeldung durch eine SDS-Funktionärin erfolgt ist; vielmehr entspricht die Aktion als Kampfmaßnahme gegen die Entwicklungshilfepolitik westlicher Länder dem seit geraumer Zeit erklärten Ziel des früheren SDS-Bundesverbandes. Von ihm hat sich die Hochschulgruppe Heidelberg nicht nur nicht distanziert; sie hat nämlich schon vor dem 19. Juni eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie den geplanten Kongress mindestens zu stören, wenn nicht zu verhindern gedenke. Insofern ist die Teilnahme der genannten SDS-Mitglieder nicht zufällig, sondern ein selbstverständlicher und gezielter Beitrag zu den von vornherein unfriedlich konzipierten Aktionen

wirkt worden.

c) Am 25. Mai 1970 konnte der Eingang zum Amerikahaus vor und während einer Veranstaltung mit dem Journalisten Thilo Koch nur durch Einsatz von Wasserwerfern und der Hebewaffe freigehalten werden. Die zum Teil mit Holzküppeln bewaffneten Demonstranten schleuderten Steine gegen das Amerikahaus und auf die polizeilichen Einsatzkräfte, wobei drei Polizeibeamte Verletzungen erlitten. Unter den Demonstranten befanden sich mehrere Mitglieder der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS.

d) Zur weiteren Vervollständigung des Bildes seien die vom SDS Heidelberg in den Jahren 1968 und 1969 initiierten, zumindest aber in ihrem Verlauf maßgeblich beeinflussten gewalttätigen Aktionen und „Kampagnen“ erwähnt:

27. 1. 1968: Störung der Veranstaltung „Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg“.

4. 2. 1968: „Go-in“ mit Störungen und Aufforderung zur Diskussion während des Gottesdienstes in der Peterskirche.

7. 3. 1968: Massive Störungen der SPD-Wahlversammlung mit Dr. Brückner.

12./15. 4. 1968: Beteiligung an den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Anti-Springer-Aktion vor dem Bechtle-Druck- und Verlagshaus Eßlingen.

8. 5. 1968: Aktion „Zerschlagt die NATO“.

9. 11. 1968: Störaktionen gegen die Politologen-Tagung.

18. 12. 1968: Besetzung des Akademischen Auslandsamtes.

1. bis 17. 1. 1969: Die Aktionen gegen das Politisch-wissenschaftliche Institut, das akademische Auslandsamt und seinen Leiter.

3. bis 6. 2. 1969: Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte und Beschädigung von Polizeifahrzeugen.

27. 2. 1969: Sprengung der Seminarveranstaltung von Prof. Dr. Conze.

schulgruppe Heidelberg des SDS, vertreten und geprägt durch die jeweils führenden Mitglieder, gestanden haben und noch stehen.

III.

Der SDS Heidelberg erstrebt insgesamt — gleichviel mit welchen taktischen Abweichungen vom Vorgehen anderer Gruppen — mindestens langfristig die revolutionäre Umgestaltung der derzeitigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Er hat nach dem gegenwärtig vorliegenden Beweismaterial an grundsätzlichen Fragen des Marxismus-Leninismus keinen anderen Standort als denjenigen der „Neuen Linken“, den Jürgen Horlemann auf einer Kundgebung am 15. November 1969 in Berlin wie folgt umrissen hat:

„...alle unsere Aktionen und Kampfmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse den Staatsapparat restlos zu zerschlagen, die Kapitalistenklasse zu stürzen und auf den Trümmern der alten Gesellschaft den Sozialismus aufzubauen.“

(„Rote Presse-Konferenz“, Nr. 40, 1. 11. 1969).

Die „Neue Linke“ und mit ihr die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS in grundsätzlicher Übereinstimmung setzen nach wie vor ihre Angriffe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland fort, um diese revolutionär zu beiseiten.

Nach dem bisher Ausgeführten, insbesondere unter richtiger Einschätzung der rechtswidrigen Kampagnen gegen die Hochschulen, die „Klassenjustiz“, den Parlamentarismus und der Kampagne gegen die „Kriegsforschung“, denen der SDS Heidelberg sich ohne Vorbehalt angeschlossen hat, muß davon ausgegangen werden, daß auch die Zielvorstellungen der in Frage stehenden Gruppe sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland richten. Ergänzend wird hierzu auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichtes im Urteil vom 20. Juni 1969 (VII C 73/68 — NJW 1969 S. 1784 ff. —) Bezug genom-

DOKUMENTATION

Begründung des Verbots des SDS Heidelberg durch das Bad.-Württ Innenministerium

gung, deren Zwecke und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, nach Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.

2. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird aufgelöst.

3. Das Vermögen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird beschlagnahmt und zugunsten des Landes Baden-Württemberg eingezogen.

4. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.

5. Die sofortige Vollziehung vorstehender Verfügung wird angeordnet.

Begründung:

I.
Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gehörte dem SDS-Bundesverband bis zu dessen Selbstauflösung im März 1970 an. Seither besteht sie als „arbeitende

II.

Die Tätigkeit der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS läuft den Strafgesetzen zuwider. Dies ergibt sich u. a. aus folgenden Tatsachen: 1. Am 19. Juni 1970 fand im Hotel „Europäischer Hof“ in Heidelberg eine international besuchte Konferenz über Entwicklungshilfepolitik in Anwesenheit des Weltbankpräsidenten und früheren amerikanischen Verteidigungsministers Robert Mc Namara statt. An diesem Tage versammelten sich gegen 13.20 Uhr ca. 600 Demonstranten auf dem Universitätsplatz in Heidelberg. Der polizeilich angemeldete Aufzug, der sich kurze Zeit später formierte, hielt sich schon sehr bald nicht mehr an den festgelegten Weg. Die Teilnehmer des Zuges, die sich im Laufschritt in Bewegung gesetzt hatten, teilten sich plötzlich in zwei Gruppen, die auf getrennten Wegen die Tagungsstätte zu erreichen und zu stürmen versuchten. Die erste Gruppe konnte bei dem Versuch, die äußere Absperrung unter Ver-

vor dem Hotel „Europäischer Hof“ und in dessen näherer Umgebung.
2. Die Vorgänge am 19. Juni 1970 sind ferner nicht etwa einmalige Entgleisungen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS, wie folgende Vorgänge beweisen:
a) Am 22. April 1970 fand in Heidelberg eine von SDS, AStA und anderen Gruppen veranstaltete Demonstration statt, die von dem SDS-Funktionär und AStA-Vorsitzenden Dietrich Hildebrandt angemeldet worden war. Im Augenblick des Vorbeiziehens der Demonstranten am Amerikahaus entzündete sich dort in einem Bücherregal eine mit Zeitzunder versehene Nebelkerze, wobei ein Schaden von 300 bis 400 DM entstand.
b) Während eines Demonstrationzugs zum US-Hauptquartier am 4. Mai 1970 wurden Steine und Metallstücke aus der Menge gegen das Amerikahaus und das Kaufhaus Horten geschleudert (Schaden: ca. 3000 DM). Die Anmeldung war von dem SDS-Funktionär Hans-Gerhard („Joscha“) Schmierer be-

Schließlich wurde gegen Ende der

men, wonach der SDS seine Anschauungen mit ungesetzlichen Mitteln durch eine Revolution durchzusetzen trachtet.

IV.

Einer Anfechtungsklage gegen diese Verfügung mußte im öffentlichen Interesse die aufschiebende Wirkung versagt werden, damit die Polizei des Landes ihrer in § 1 des Polizeigesetzes statuierten Pflicht, den Einzelnen und das Gemeinwesen vor drohender Verletzung von Recht und Ordnung zu schützen und die verfassungsmäßige Ordnung zu gewährleisten, ohne Verzug nachzukommen und den gewalttätigen Rechtsbrüchen aller Art, die bisher von der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ausgegangen sind, nachhaltig entgegenzutreten vermag.

In Vertretung des Ministerialdirektors Dr. Kienle, Ministerialdirigent.

23. 6. 1969: Ausschreitungen beim Besuch des Ministerpräsidenten Dr. Filbinger und des Kultusministers Dr. Hahn in Heidelberg.

3. 7. 1969: Tötlichkeiten im Anatomischen Institut, u. a. gegen Dekan Prof. Dr. Ferner gerichtet.

3. 7. 1969: Sturm auf das Rektorat der Universität Heidelberg und Wegnahme von Akten, des Rektors, Sachbeschädigungen.

4. 11. 1969: Verhinderung der Vorlesungstätigkeit des Prof. Dr. Tenbruck.

Diese Vorgänge zeigen, daß der SDS Heidelberg in den vergangenen Jahren Verstöße gegen die Strafgesetze, insbesondere gegen §§ 212, 43, 125, 223ff., 113, 303ff., 240, als Organisation jeweils unter taktischen Gesichtspunkten zur Durchsetzung seiner politischen Kampfziele in seinem Willen aufgenommen hat und daß die nur beispielhaft aufgezählten Verstöße gegen Strafgesetze in innerem Zusammenhang mit den Zielvorstellungen und dem Gesamtcharakter der Hoch-

SDS-ML
AStA

FILM: Die Feindseligkeiten der Neuen Zaren gegen China
Die sowjetrevisionistischen Provokationen am Wusuli (Ussuri) und Heilung (Amur)

Dienstag, 30. 6. 19.30 Uhr
(nach der Demonstration) in Al



Imperialistentreffen in Heidelberg: McNamara und Eppler

Fachschaft und Rote Zelle Mathematik: Da habt ihr es!

Die momentane Diskussion um die Politik in den Universitätsgremien macht es notwendig, diese Frage an der spezifischen Entwicklung in der Abteilung Mathematik zu untersuchen.

Vor einem Jahr äußerte sich das Unbehagen gegen die schlechten Studienbedingungen an der Abteilung (vgl. BSZ Nr. 60, „Die Erben des Pythagoras“) zum ersten Mal deutlich. Eine Fachschaftsvollversammlung, zu der fast 50 Prozent aller Mathematikstudenten gekommen waren, beschloß mit einer Mehrheit von über 90 Prozent einen einwöchigen Warnstreik gegen den 1. Hochschulgesetzentwurf der Regierung Kühn. Man war bereit, sich gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen, die durch das Hochschulgesetz kommen mußte, gegen die vollkommene Kontrolle der Hochschule durch den Staatsapparat zu wehren. Es war eine Aktion, die sich unmittelbar gegen die Staatsbürokratie und damit mittelbar gegen die Großkonzerne richtete. Doch der Fachschaftsrat verfolgte diese Politik nicht konsequent weiter: es fehlte eine genaue Analyse der Stellung der Intelligenz im Ausbildungs- und Produktionsprozeß, und so auch die Strategie für einen konsequent antibürokratischen, antikapitalistischen Kampf. Man glaubte, mit Professoren und Assistenten als Verbündeten gegen den „gemeinsamen Feind“ vorgehen zu müssen.

Die Folge dieser falschen Einschätzung war eine falsche Politik: der zentrale Arbeitskreis des Streiks war der Arbeitskreis zur Erarbeitung einer Abteilungsatzung. Die Fachschaftsarbeit wurde zum Versuch, in den Abteilungsgruppen mitzuarbeiten, degradiert. Der Fachschaftsrat vertraute den Professoren mehr, als der Fachschaft, wenn auch schon sehr früh Bedenken laut wurden. Diese Politik war

ein Fehlschlag, wie die folgenden Beispiele zeigen.
— Im Universitätsparlament ist, trotz drittelparitätischer Zusammensetzung, noch kein Beschluß gefaßt worden, der die Studienbedingungen wesentlich verbessert hat.
— Eine drittelparitätische Abteilungskommission hatte schon Anfang WS 1969/70 eine Diplomvorprüfungsordnung auf Scheinbasis der Fakultät vorgelegt, kein Fakultätsmitglied (Zusammensetzung: alle Prof's: 2:2) hat sich für eine beschleunigte Genehmigung der ZPO eingesetzt, und so ist sie erst im

der FU in Berlin gibt es keine ZP und anscheinend auch keine juristischen Bedenken. Die Prof's sind jedenfalls nicht bereit sich für studentische Forderungen einzusetzen. Die satzunggebende Abteilungsversammlung hatte bisher auf einen drittelparitätischen Entwurf hingearbeitet. Die Assistenten, sowie die Mehrheit der studentischen Vertreter, die zu diesem Zeitpunkt noch an eine Zusammenarbeit mit den Professoren glaubte, hatten sich dafür eingesetzt. Da gaben die Professoren eine Erklärung ab, daß sie nur einer Satzung zustimmen würden, wenn das Entscheidungsgremium der Fakultät im Verhältnis Professoren: Assistenten: Studenten/Personal = 6:3:2:1 besetzt würde. Diese Erklärung mußte endgültig die Illusionen der gutgläubigen Studenten zerstören. Die Professoren haben selbst bewiesen, daß sie nicht bereit sind zur „Mitarbeit“, sie spielen das Spielchen „Drittelparität“ nur solange, wie es ihnen gefällt.



Mai 70 (!) von der Rechtsabteilung des Rektorats zurückgekommen, ohne eine Genehmigungsinstant durchlaufen zu haben.

Der Professoren- und der Assistentenvertreter der neu gebildeten Zwischenprüfungskommission haben sich gewiegert eine Zwischenprüfungsordnung in Anlehnung an die Diplomvorprüfungsordnung zu erarbeiten. Sie haben die Kommission platzen lassen. Schon vorher hatten sich die Professoren gewiegert einer ZPO mit freiwilliger Prüfung zuzustimmen und damit gedroht, im Falle einer solchen ZPO nicht mehr zu prüfen. Angeführt wurden juristische Bedenken (an

der FU in Berlin gibt es keine ZP und anscheinend auch keine juristischen Bedenken). Die Prof's sind jedenfalls nicht bereit sich für studentische Forderungen einzusetzen. Die satzunggebende Abteilungsversammlung hatte bisher auf einen drittelparitätischen Entwurf hingearbeitet. Die Assistenten, sowie die Mehrheit der studentischen Vertreter, die zu diesem Zeitpunkt noch an eine Zusammenarbeit mit den Professoren glaubte, hatten sich dafür eingesetzt. Da gaben die Professoren eine Erklärung ab, daß sie nur einer Satzung zustimmen würden, wenn das Entscheidungsgremium der Fakultät im Verhältnis Professoren: Assistenten: Studenten/Personal = 6:3:2:1 besetzt würde. Diese Erklärung mußte endgültig die Illusionen der gutgläubigen Studenten zerstören. Die Professoren haben selbst bewiesen, daß sie nicht bereit sind zur „Mitarbeit“, sie spielen das Spielchen „Drittelparität“ nur solange, wie es ihnen gefällt.

Die Unmöglichkeit den studentischen Kampf um bessere Studienbedingungen gegen die Staatsbürokratie in den Gremien zu führen, kann also nicht allein mit der falschen Taktik der studentischen Vertreter in den Gremien begründet werden. Es scheint schon ein Umding zu sein, die Staatsbürokratie mit der Abteilungsbürokratie bekämpfen zu wollen, unmöglich wird der Versuch allerdings, wenn die Staatsbürokratie Verbündete in der Abteilungsbürokratie hat.

Die Professoren und ein Teil der Assistenten haben in erster Linie Interesse an Forschung: Forschungsaufträge werden von der Industrie gut bezahlt, und Veröffentlichungen von Forschungsarbeiten steigern das Prestige und den Geldwert der Professoren, was ihre Stellung bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen stärkt. Nach jeder dieser Verhandlungen erhöhen sich die Bezü-

ge der Herren Ordinarien.

Die Professoren bestimmen ihr Handeln danach, wovon sie sich den größten Nutzen versprechen; von der Forschung haben sie Vorteile, die Lehre wird zur lästigen Begleiterscheinung. Ein Interesse an der Forschung haben auch die Großkonzerne, die die Ergebnisse in der Produktion verwerten (wenn die mathematische Forschung auch in der Regel kurzfristig nicht anwendbar ist, so darf man die Bedeutung der Mathematik langfristig als Hilfswissenschaft für Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften nicht übersehen). Diese Großkonzerne üben auf allen Ebenen bestimmenden Einfluß auf die Staatsbürokratie und damit auch auf die Kultusbürokratie aus (z. B. Zusammensetzung des Wissenschaftsrats, Parteifinanzierung usw.). Staatsbürokratie und Professoren stehen also bei der Hochschulpolitik auf der gleichen Seite. Wenn auch beide versuchen, in einzelnen Fällen die Studenten als Verbündete gegen den andern zu gewinnen (die Auseinandersetzung um das Hochschulgesetz ist das beste Beispiel dazu), so stehen die Studenten schließlich doch allein im Kampf um die Verbesserung der Studienbedingungen. Der Kampf gegen die Staatsbürokratie muß also auch ein Kampf gegen die Professoren sein, und er kann deshalb nicht in drittelparitätischen Gremien geführt werden; die Basis dieses Kampfes muß eine starke Studentenschaft, ein starker AstA und starke Fachschaften sein. Die Arbeit in Gremien müßte sich von der konkreten Situation bestimmen: Uni- und Abteilungsgruppen sind jedoch nicht Träger studentischer Politik.

KAMPF ALLEN ILLUSIONISTEN UND KARRIERISTEN, DIE UNS GREMIENPOLITIK ZUR VERTRETUNG IHRER EIGENEN INTERESSEN AUFSCHWÄTZEN WOLLEN! KAMPF DER BSU! KAMPF DEM SHB UND SPARTAKUS! WÄHLT KANDIDATEN INS SP, DIE KONSEQUENT EURE INTERESSEN VERTRETEN! FÜR EINEN STARKEN ASTA!

(aus: „Pythagoras“, hg. v. d. Fachschaft u. Rote Zelle Mathematik)

Abteilung PPP:

Revisionistische Gfachschaftlhuber

In der Abteilung III pokern die Anhänger der D"K" P-Spartakus-Tarnliste "L" FL mit gezinkten Karten um Sitz und Stimme im SP. Sämtliche Plakate, außer den L"FL"-Plakaten, werden regelmäßig von der in der Fachschaft Psychologie sitzenden "L" FL-Clique aberissen. Überrascht wurden erst kürzlich Hermann Buren und einige seiner Gfachschaftlhuber von einigen sich zufällig dort aufhaltenden SDS/ML-Genossen. Begründung der Abreise: Buren & Co.: „Wir wollen keine Kandidaten, die nicht von der Fachschaft unterstützt werden. Wir unterstützen Erika Alsdorf von der LFL.“ Und dazu kam es so:

Am Dienstag vergangener Woche hing vor dem Fahrstuhl im 3. Stock des A-Gebäudes ein mickriges Plakat mit der Ankündigung einer Fachschaftsvollversammlung, die am nächsten Tag stattfinden sollte. Einziger Punkt der Tagesordnung: SP-Kandidatur von Erika Alsdorf. Die Zeit war nicht angegeben, andere Kandidaten sollten nicht zu Wort kommen. Am nächsten Morgen wurde als Zeitpunkt „nach 15 Uhr“ angegeben, mit tags 17 Uhr. Um 17 Uhr fand dann auch die „Fachschaftsvollversammlung“ statt, die laut Satzung der Fachschaft Psychologie eine Woche vorher angekündigt werden muß. All, das hat nichts, aber auch absolut gar nichts mit Manipulation zu tun!

Neben dem Super Star Erika Alsdorf erschien als einziger weiterer Kandidat der Direktkandidat des SDS/ML, Werner Lehrke. Ihm wurde sofort von den anwesenden Studentenmassen, nach der ungeheuren Plakatierungsaufwand die unüberschaubare Menge von ca. 10 Leuten, von denen einige, wie das um Flankenschutz für Eri-

ka Alsdorf bemühte revisionistische Fachschaftsmitglied der Abteilung I, Margarete Müller, überhaupt nicht stimmberechtigt waren, bedeutet, er habe in dieser kämpferischen Massenveranstaltung von Gfachschaftlhubern und „L"FL/D"K" P/Spartakus-Anhängern nichts zu suchen. Margarete Müller meinte gar, hier werde „linke Bündnispolitik“ gemacht, schon allein aus diesem Grunde habe der SDS/ML in der „Fachschaftsvollversammlung“ nichts verloren.

Stolz wies Fachschaftssprecher Buren auf die Verdienste der Fachschaft hin und stellte überzeugend dar, daß das Verdienst der Fachschaftsmitglieder darin bestehe, in der Fachschaft zu sein. Erika Alsdorf wies geradlinig und unerschrocken nach, daß es ein besonderes Verdienst der Fachschaft sei, sich nicht mit Dieter Giesen zu solidarisieren, sondern mit reaktionären Studenten. Dazu muß man wissen, daß Dieter Giesen, der bisher als Tutor angestellt war, geäußert worden ist, weil er dem reaktionären Ordinarien- und Assistentenlunge, von dem ein besonders „weltrevolutionäres“ Mitglied als Schirmherr anwesend war, schon als zu „links“ erschien. Mit außerordentlicher Verve enthüllte Erika, daß die Fachschaft so, getreu den Richtlinien des D"K" P/Spartakus-Hochschulprogramms, die Einheit der Studenten an der Basis hergestellt habe.

Die Ausführungen von Erika und Hermann wurden von den anwesenden Studentenmassen mit herzlichem Beifall quittiert, so daß es kam, wie es kommen sollte: Mit der überwältigenden Mehrheit von sechs zu zwei Stimmen „beschloß“ die „Fachschaft“ -voll“-versammlung, Erika Alsdorf als „einzige“ SP-Kandidatin zu unterstützen.

Exklusiv-Interview mit Sr. Hoheit Anton Graf von Magnis

Trotz enormer Wahlkampfanstrengungen fand Anton Graf von Magnis, Kanzlerkandidat der BSU, Zeit und Konzentration der BSU ein Interview zu gewähren. Am letzten Samstag erschien er in Begleitung seines persönlichen Beraters J. Reichling sowie seines Fuchsmajors Jörg Reimann in der BSZ-Redaktion und gab unseren Mitarbeitern folgendes Interview:

BSZ: Herr von Magnis, entschuldigen Sie, aber eine linke Frage vorweg: Auf welche Basis stützt sich Ihre Politik, bzw. wer macht mit?

v. Magnis: Die kritischen Studenten. „Ziel war und ist es, in möglichst weitgehender Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von Parteien und Verbänden kritische Studenten zu sammeln, für die Demokratie nicht nur technizistische Reform oder taktische Perversion, sondern ein ernstzunehmendes normatives Ziel ist.“

BSZ: Macht sich Ihre „weitgehende Unabhängigkeit“ bezahlt, konkret: Hat z. B. die Westfalia-Dinnendahl AG (WEDAG), die schon im Vorjahr Ihren Wahlkampf großzügig unterstützte, ihre Wahlkampfspende erhöht?

v. Magnis: Das gehört nicht hierher. Außerdem sagte ich: „möglichst weitgehende Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“, nicht vollständige. **BSZ:** Wir erweitern unsere erste

Frage: Für wen machen Sie Politik, bzw. wem dient die „gesamtschenschaftliche Reform“, die sie anstreben?

v. Magnis: Für wen? Das ist auch wieder so eine linke Frage. Wissen Sie, „Aufgabe für das konkrete Engagement und Anknüpfung der gesamten gesellschaftlichen Reform ist für die Gruppe die Reform des Bildungswesens...“

BSZ: Des gesamten Bildungswesens?

v. Magnis: ... und hier vor allem der Hochschule in ihrer Organisation und ihren Inhalten, nicht weil wir elitär denken, sondern weil wir im Moment an der Hochschule sind.“

BSZ: Wie sieht dann nach der Universität aus: Werden Sie dann Ihre „möglichst weitgehende Unabhängigkeit“ aufgeben, etwa dem Beispiel folgend, das der DSU-Vorsitzende Klaus Läßle gab, dessen Vize Sie ja eine zeitlang waren?

v. Magnis: Nun, Läßle ist in die CDU gegangen und hat für den NRW-Landtag kandidiert. Das widerspricht nicht unserer Zielvorstellung einer „freieren und humaneren Gesellschaft“, die wir nicht als Zukunftsvision ausmalen, sondern schrittweise verwirklichen werden. Die CDU-Kandidatur widerspricht auch nicht unserer „mittel- und langfristigen Strategie der

Aufklärung, Bewußtmachung und Hinführung an persönliche und gesellschaftliche Selbstbestimmung.“ **BSZ:** Werden Sie ähnlich konsequent wie Läßle handeln und die CDU um einen „Herauführer“ bereichern?

v. Magnis: „Es gilt, jederzeit das Machbare im Hinblick auf das Wünschenswerte durchzusetzen.“

BSZ: Sie propagieren den „dialogischen Pluralismus“ des Herrn Lombardo-Radice; gilt das nur für den universitären Bereich?

v. Magnis: Nein. „In der gegenwärtigen Phase haben die Universitäten die Chance, durch konsequente Praktizierung eines wissenschaftlichen Pluralismus ein Modell für dialogischen Pluralismus auf gesellschaftlicher Ebene zu liefern. Es kommt darauf an, (...) den Nachweis zu führen, daß ein herrschaftsfreies Pluralismusmodell in einem relevanten Teilbereich der Gesellschaft praktikabel ist.“

BSZ: Damit räumen Sie doch die alte Freiheitstheorie auf. Glauben Sie an herrschaftsfreie Möglichkeiten bei gleichzeitiger Beibehaltung der Bedingungen, die Herrschaft und Macht in einem kapitalistischen System stützen und perpetuieren? Meinen Sie nicht, daß man erst die Ausbeutung bzw. die Kapitalistenklasse bekämpfen und letztlich zerschlagen müßte, bevor

man von Herrschaftsfreiheit redet?

v. Magnis: Ist das das Problem? Ausbeutung beseitigen? Kapitalistenklasse bekämpfen? „Die Probleme des Zeitalters der Automata, der Entfremdung und Entmündigung durch technisierte und bürokratische Apparate...“

BSZ: Über die wer verfügt? Die für wen arbeiten?

v. Magnis: Die „traditionellen Herrschaftsstrukturen“ werden schrittweise durch Demokratisierung und Mitbestimmung beseitigt.“

BSZ: Und durch fortschrittliche Herrschaftsstrukturen ersetzt? Vor oder nach der „Demokratisierung“ des, wie wir annehmen dürfen, herrschenden kapitalistischen Systems?

v. Magnis: Sagen wir es so: „Das Fortbestehen von Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Ungleichem...“

BSZ: Entschuldigen Sie, daß wir nochmals unterbrechen, aber: Worauf beruht Ungleichheit? Gibt es Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Gleichen? Meinen Sie Ungleichheit auf Grund von Augenfarbe oder im Sinne von 1. und 2. klassen Menschen durch Geburt, Herr Graf?

v. Magnis: „Das Fortbestehen von Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Ungleichem im sozialen und politischen System ist nur durch

eine fundierte wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse und wissenschaftlich erarbeitete Handlungsanleitungen für die gesellschaftliche Praxis zu lösen.“

BSZ: An wessen Bedürfnissen orientiert sich ihre wissenschaftliche Methode, wem dient ihr dialogischer Pluralismus“ nach Lombardo-Radice?

v. Magnis: Dem gesellschaftlichen Fortschritt, hin zu einer freieren und humaneren Gesellschaft. „Wissenschaftspluralismus besitzt keinen Eigenwert an sich.“

BSZ: Herr Magnis, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. (Alle Zitate dieses Interviews stammen aus den BSU-Wahlinfos Nr. 1 und 4.)

Tübingen - Reaktionäres Komplott

RCDS, SHB, HSU und HTS (BSU-Pendant) in einer Front! Die antikommunistische Einheitsfront (vgl. BSZ Nr. 63) vom RCDS über BSU, SHB bis hin zu D"K" P/Spartakus, die wir inzwischen in Bochum zur Genüge kennen, hat in Tübingen erstmals zugeschlagen. Bei den Wahlen zum Tübingen Studentenparlament wurden die Marxisten-Leninisten („Rebell“) eindeutig die stärkste Hochschulguppe. Sie errangen gemeinsam mit dem Zentralen Aktionsrat der Fachschaften (ZAF) 16 von 33 Sitzen, so daß ein Sitz an der absoluten Mehrheit fehlte. Sofort war allerdings die antikommunistische Einheitsfront auf

dem Plan: In mehreren langstündigen Sitzungen schabbelten RCDS, HTS (Hochschulring Tübingen Studenten, Pendant der BSU), HSU und SHB um die Pöstchen. Einziges Konzept Antikommunismus.

Die Politik der eindeutigen Mißachtung der Interessen der Studenten muß in Bochum eine Abfuhr bekommen. Die Hetzkampagne der reaktionären Gruppen (BSU, RCDS, FHV) und der opportunistischen (SHB, „L"FL und D"K" P/Spartakus) gegen den SDS/ML in Bochum zeigt uns nach dem Verbot des SDS-Heidelberg, auf wessen Seite diese Herrschaften stehen: auf der Seite der Bourgeoisie und ihrer Terrorbanden!

Honnefer Modell 1971

1. Weiterförderung 1971

Zur Weitergewährung der Studienförderung im Jahr 1971 sind vollständige Anträge bis spätestens 16. Juli 1970 einzureichen.

2. Darlehensförderung 1971

Weiterförderungsanträge bis zu dem vorher genannten Termin sind auch dann einzureichen, wenn die Förderung teilweise oder vollständig in Form von Studendarlehen gewährt wird.

3. Berechnungsgrundlage

Berechnungsgrundlage für die Studienförderung 1971 sind die Einkommensverhältnisse der Unterhaltspflichtigen aus dem Jahr 1969.

4. Freitische für das WS 1970/71

Anträge auf Gewährung eines Freitisches sind ebenfalls bis zum 16. Juli 1970 einzureichen.

5. Einreichungstermin

Es wird dringend empfohlen, die Weiterförderungsanträge so frühzeitig wie möglich vorzubereiten und der Förderungsabteilung einzureichen. Erfahrungsgemäß muß in den letzten Tagen vor dem Abgabetermin mit erheblichen Wartezeiten gerechnet werden, die durch frühzeitiges Einreichen weitgehend auszuschließen sind.

6. Beratung

Auskünfte, Ausgabe und Einreichung der Förderungsanträge in der Förderungsabteilung, Baracke V, während der Sprechzeiten montags und donnerstags von 8.00 bis 13.00 Uhr.

Studiengebühren für das
WINTERSEMESTER
zahlen Sie kostenlos bei uns

**SPARKASSE
IN QUERENBURG**

BUSCHEYSTRASSE IM WESTENFELD 22
TEL. 51 1674 TEL. 51 1015

Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten
im

•PUNKT.

Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 • Telefon 1 46 32

Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr
nachts geöffnet / Normale Preise

Achtung, AUTOFAHRER!

20% Rabatt für Uni-Angehörige auf Reparaturarbeiten
Kfz-Werkstatt HEINZ DRZYMALA
BOCHUM-LANGENDREER - Umminger Straße 22 - Telefon 28 05 26

TOBACCO SHOP

Pfeifen - Tabak - Zeitschriften - Lotto
Ladenstraße an der Uni

DISCOTHEK
BOCHUM
EUROPAHAUS
RUF 67206

Der moderne Dancing Club
Mittwoch Hitparade
Jeden Monat Stargastspiele
Für Studenten Eintritt frei!

Die Reaktionäre und die Freiheit der Wissenschaft

Die bestehenden Hochschulgesetze sind einigen Agenten der Bourgeoisie nicht reaktionär genug. Sie möchten am liebsten im ganzen Bundesgebiet die bayerischen Huber-Pläne verwirklicht sehen. So gründeten jüngst in Bonn etwa 100 Professoren, Politiker und Wirtschaftler den Bund „Freiheit der Wissenschaft“. In der erlauchten Gesellschaft befinden sich u. a. Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen (SPD) und der ehemalige Forschungsminister Stoltenberg (CDU). Der Bund versteht sich ausdrücklich als Protest gegen die bestehenden Hochschulgesetze, „die der Politisierung der Universitäten und sachfremden Erwägungen Vorschub leisten.“ Die weitere Kommentierung der Absichten dieses feinen Klubs erübrigt sich. Der Bochumer Prof. Elliger hat in seiner Bitte, emeritert zu werden, alles in der schönsten Offenheit gesagt (Am Rande sei erwähnt, daß der Brief Elligers aus dem Februar datiert, vom Rektor aber erst jetzt – vor den SP-Wahlen – der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Vergl. auch: ASIA von Rektors Gnaden?).

Abschrift

Prof. Dr. Walter Elliger, Bochum, den 2. April 70, Laerholzstraße 65. An den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Hochschulwesen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich bitte zum Ende des laufenden SS um meine Emeritierung am 30. 9. 70. Die Gründe für meinen Antrag liegen in den unheilvollen Zuständen an den Universitäten der Bundesrepublik, die ein gedeihliches Arbeiten in Lehre und Forschung unmöglich machen. Die sich ständig steigernden Ansprüche vornehmlich linksgerichteter Gruppen in der Studenten- und Assistentenschaft auf ein Mitbestimmungsrecht auch in Angelegenheiten, wo sie der Sachkompetenz ermangeln, gefährden in mehr als bedrohlicher Weise die Unabhängigkeit und freie Entfaltung der wissenschaftlichen Arbeit und der Geistesfreiheit an der Universität. Die als demokratische Reform ausgegebene Umstrukturierung des inneren wie äußeren Gefüges der Hochschule wird praktisch durch mancherlei Manipulationen zu einer taktisch genutzten Möglichkeit der Machtübernahme, die aus der Universität ein zweckentfremdetes Instrument politischer Diktatur werden läßt.

Die staatlichen Instanzen wie die politischen Parteien haben die bis zur Selbstpreisgabe gehende Verständigungsbereitschaft eines Teiles der Hochschullehrerschaft zu meist ignoriert und sich dem Aufbegehren der radikalen Elemente unter den Studenten und Assistenten weithin willfährig gezeigt, nicht ohne vornehmlich die Professoren für das entstandene Dilemma verantwortlich zu machen. Die Universitätsreform ist zum Objekt politischen Taktierens geworden, bei dem die eigentümlichen Belange der Hochschule als einer qualifizierten Bildungsstätte eine schwerwiegende Beeinträchtigung erfahren haben.

Ich wänte, dem Drucke einer politisierten Universität zu entkommen, als ich vor sieben Jahren den Ruf nach Bochum annahm, und habe die zukunftsstrahlenden Ansätze zu einer neuen Struktur begrüßt, die der freien Entfaltung der Wissenschaft in Forschung und Lehre dienen sollten. Was ich in den beiden letzten Jahren hier erlebt habe, stellt die in der DDR gemachten Erfahrungen weit in den Schatten und läßt mich heute fast bereuen, dem Rufe an die Ruhr-Universität gefolgt zu sein.

Ich darf nach diesen grundsätzlichen Erwägungen, die nur einige gravierende Fakten hervorheben sollten, zur Begründung meines Antrages drei konkrete Daten anführen:

1. Ich bin nicht willens, mich der demagogischen Verunglimpfung länger auszusetzen, durch die offene Vertretung meines Standpunktes zum Repräsentanten einer bloß um ihre „Machtposition“ kämpfenden reaktionären Professorenschaft gestempelt zu werden.
2. Ich halte es mit meinen Berufspflichten für unvereinbar, mich durch einen wilden Papierkrieg und nutzlose Marathon-Sitzungen zermürben und von meiner wissenschaftlichen Arbeit abhalten zu lassen.
3. Ich lehne es entschieden ab, mich durch die Anerkennung aufkotroyierter Satzungen bzw. ihrer willkürlichen Handhabung an der Zerstörung der deutschen Universitäten mitschuldig zu machen.

Ich darf ausdrücklich betonen, daß mein Antrag nicht in müder Resignation begründet liegt, sondern einen Protest gegen die schutzlose Preisgabe der Universität an die sie zerstörenden Mächte darstellt.

Die Türkei – ein 2. Griechenland?

Zwölf türkische Studenten sind innerhalb von 20 Monaten von „unbekannten Tätern“ ermordet worden. In der vergangenen Woche fielen paramilitärische Terror-Kommandos erneut in die Universitätsgebäude ein und erschossen in den Räumen der Studentenvertretung einen schlafenden Studenten. Dieselben Kommandos hatten schon am 13. April ebenfalls in Ankara bei einem ähnlichen Überfall einen Assistenten ermordet. Nicht viel anders sind die anderen zehn gemordeten worden. Die Tatsache, daß diese gezielten Überfälle auch tagsüber von Terrorgruppen unternommen werden konnten, die Tatsache, daß diese Mörder noch immer auf freiem Fuß sind, die Tatsache, daß die Überfälle sich häufig unter den Augen der untätigen Polizei abspielten und die Tatsache, daß diese faschistischen Terror-Kommandos offensichtlich über vom Großkapital aufgebrauchte reichliche Mittel verfügen, sind Beweis dafür, daß diese faschistischen Terror-Kommandos zumindest indirekt von der türkischen Regierung unterstützt werden. Die Herrschenden greifen zu diesen SA-Methoden in der Türkei seit dem Aufleben der Arbeiter-, Bauern- und Studentenbewegung im Juni 1968.

durch, daß sie ihre Lage nur verbessern können, wenn sie gemeinsam überall in der Türkei politisch gegen die Aussauger vorgehen.

Seit 18 Monaten sind die Universitäten häufig geschlossen, teils über Monate. Glaubt das Regime wirklich, mit Hilfe faschistischer Terrorgruppen und wilder Schießereien Griechenland vor dem CIA-Putsch in Griechenland. Der Film „Z“ zeigt das wahre Gesicht der jetzigen Türkei.

Wir rufen die Weltöffentlichkeit auf, die Machenschaften des CIA und seiner Helfershelfer in der Türkei im Auge zu behalten!

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese faschistischen Methoden!

Nieder mit dem US-Imperialismus!

Es lebe der Kampf für die Befreiung der Völker vom imperialistischen Joch!

Nieder mit den Helfershelfern der Imperialisten in den unterdrückten Ländern!

Es lebe die Solidarität und der gemeinsame Kampf aller unterdrückten Völker und geknechteten Klassen!

Der letzte Coup der profaschistischen Regierung: Ausnahmezustand in der Westtürkei!

Am 16. Juni formierten sich in zwei Stadtteilen Istanbul mehr als 100 000 Arbeiter zu Demonstrationszügen gegen das verfassungswidrige Anti-Streik-Gesetz der Regierung, das auch die gewerkschaftlichen Freiheiten stark beschränkt. Die Polizei und Panzertruppen des Militärs sperrten den zunächst friedlichen Demonstranten den Weg. Bei den darauf entstehenden Unruhen kamen drei ums Leben.

Die massenhafte Beteiligung der Arbeiter an dieser Demonstration, zu der die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation Disk aufgerufen hatte, die durch das neue Anti-Streik-Gesetz besiegelt werden sollte, öffnete der Regierung die Augen; sie verhängte den Ausnahmezustand.

Die Regierung Demirel macht die letzten verzweifelten Versuche, die Arbeiter- und Bauernbewegung in der Türkei zu erwürgen, die sich steigende Härte der Maßnahmen ist ein offensichtlicher Beweis für die Ohnmacht der Regierung.

Die Arbeiter und Bauernbewegung in der Türkei wird siegen!!!

Türkischer Studentenbund
Bund türkischer Sozialisten



Die Not und das Elend der türkischen Bevölkerung steigen tagtäglich und ins Unerträgliche. Während das reale Nationaleinkommen kaum angestiegen ist, haben für das Volk Preissteigerungen von 200 Prozent gegenüber Lohn „erhöhungen“ von 40 Prozent den schon früher niedrigen Lebensstandard weiter gesenkt. Die Aufklärungsaktivität der türkischen progressiven Intelligenz unter den Arbeitern und Bauern führt zum Erfolg: Häufig kommt es zu Fabrikbesetzungen und Inbesitznahmen des Großgrundbesitzes durch Industrie- und Landarbeiter. Mit blutigem Terror schlugen Polizei und Gendarmerie diese demokratischen Bewegungen nach kurzer Zeit nieder. Unter den Arbeitern und Bauern setzt sich die Erkenntnis

hofsruhe und diese extreme Ausbeuterordnung aufrechterhalten zu können?

In den letzten Monaten ist eine neue Überfallmethode festzustellen. Zunächst umstellen Polizei und Militär Wohnheime und Uni-Gebäude, dringen dann ein und beschlagnahmen alle als Waffen verwendbaren Gegenstände. Nach dem Abzug der offiziellen Streitkräfte erfolgt dann der Überfall durch die paramilitärischen SA-Trupps.

Für diese Blutbäder der Terrorkommandos sind der CIA und die türkischen Lakaien des US-Imperialismus verantwortlich. Die jetzige Entwicklung in der Türkei hat viele Ähnlichkeiten mit der Entwicklung

Informationen aus den Abteilungen an die BSZ-Redaktion!

Zwar hat das UP am 24. 6. den Schmidt-Kalauer eine Abfuhr erteilt, zwar fand sich sogar ein Hochschullehrer (Prorektor Grosse, Altgermanist) bereit, doch noch als Rektor zu kandidieren, aber das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß jeder, auch ein Liberaler wie Grosse, der jetzt die größeren Chancen gegenüber dem Assistenten-Vertreter Renesse hat, um den Preis seines Im-Amt-Bleibens-Wollens gezwungen sein wird, als Vollstrecker des Willens der Kultusbürokratie zu fungieren. Ein Assistent als Rektor oder ein Professor: beide werden den antibürokratischen Kampf der Studenten, den Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform nicht unterstützen. Sie werden versuchen, mit taktischem Lavieren, mit Mausecheln den Formierungsprozeß ein wenig aufzuhalten, so wie schon jetzt Grosse als Prorektor und Vorsitzender der Lehr-Kommission die Leussink-Thesen mitverdammte. Aber was soll's? Glaubt einer ernsthaft, Professoren oder Assistenten würden einen offensiven politischen Kampf gegen die Kultusbürokratie unterstützen? (Der Assistentenstreik ist in diesem Sinne kein Gegenbeispiel). Diesen Kampf müssen die Studenten verstärkt aufnehmen! Deshalb: Keine Beteiligung an der Rektorwahl!

Vds-Aufruf zur Solidarität

Mit großer Mehrheit verabschiedete der Zentralrat des vds eine vom Heidelberger und Bochumer ASIA gemeinsam vorgelegte Resolution zu den Terrormaßnahmen in Heidelberg. In der Resolution wird insbesondere darauf hingewiesen, daß das SDS-Verbot in einem Augenblick geschah, in dem die 2.-Juni-Bewegung sich in einer relativen Schwäche befindet. Der vds ruft zur Solidarität mit den verfolgten Heidelberger Genossen durch Demonstrationen in allen Universitätsstädten am Dienstag auf.

Bezeichnenderweise enthielt sich die Mehrheit der Spartakus-SHB-Fraktion bei der Abstimmung über die Solidaritätsresolution!

Sozialwissenschaftliche „Effizienz“ untersuchung

Die Forschungsgruppe Hochschulkapazität Universität Mannheim, die sich in der Hauptsache aus Soziologen, Politologen und Juristen zusammensetzt, führt zur Zeit an allen Hochschulen der BRD eine sozialwissenschaftliche Effizienzuntersuchung durch. Es handelt sich dabei um die bisher breiteste, am detailliertesten ausgearbeitete und teuerste Untersuchung zur Hochschulstruktur. Divergierende und konforme Interessen, die Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung, die Kultusministerien der Länder, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die Bundesassistentenkonferenz, Industrieverbände warten auf das Ergebnis dieser Untersuchung. Die Forschungsgruppe Hochschulkapazität Universität Mannheim nennt sich unabhängig. Finanzieren läßt sie sich die Untersuchung von Geldern aus der VW-Stiftung.

Wie groß die Affinität der empirischen Sozialforschung zu jeglicher Verwaltung ist, wird sowohl aus dem Zusammenhang deutlich, in dem diese Untersuchung steht, wie aus ihrem Inhalt. Die Ursache für die Unruhen an den Hochschulen zu analysieren ist im Aufbau des Interviews in breitem Raum beabsichtigt. Das verleiht der Untersuchung vom ersten Eindruck her kritischen Charakter. Diese Ursachen werden jedoch von vornherein unter dem Aspekt ihrer Dysfunktionalität im Hinblick auf qualitative und quantitative Effizienz von Ausbildung und Forschung erfaßt. Nicht jedoch unter dem Aspekt, die Ursache für die Unruhe an den Hochschulen in dem Hintergrund einer von Ausbeutung und Anpassungszwang bestimmten kapitalistischen Gesamtgesellschaft zu suchen. Was diesen Zusammenhang von Hochschule und kapitalistischer Gesellschaftsordnung erhellen könnte, wird schon von der Fragestellung her im Diffusen gehalten.

Am deutlichsten geht das aus dem Teil des Interviews hervor, der den Einfluß der verschiedenen Interessengruppen innerhalb und außerhalb der Hochschule auf Ent-

scheidungen über die Forschungsrichtung der Institute aufschlüsseln soll. Inwieweit im konkreten Beispiel die von der Profitmaximierung der pharmazeutischen Industrie bestimmten Interessen die Forschungsrichtung in der Medizin bestimmt, inwieweit die Industrie die Forschungsrichtung der Naturwissenschaften bestimmt, inwieweit die Lehrstühle der gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche nach herrschaftspolitischen Gesichtspunkten, d. h. nach Normen bürgerlicher Ideologie besetzt werden – diese Zusammenhänge läßt die Untersuchung im Dunkeln.

Würde das Interview im Schwerpunkt auf diese Aufhellung abzielen, ist zu vermuten, daß die Gelder von der VW-Stiftung nicht geflossen wären.

So ist diese Untersuchung in zweifacher Weise vorprogrammiert durch Interessen, die in sie einfließen:

a) Vom Inhalt her: Die Interessen der Auftraggeber bestimmen durch Aufbau und Auswahl der Fragen das Ergebnis im entscheidenden Bereich im voraus.

b) Von der Verwertbarkeit her: Der Verwaltungsapparat (Kultusministerien, Bundeswissenschaftsministerium, Studiengruppen der Industrie, Rektorenkonferenz usw.), dem das Untersuchungsergebnis zur Entscheidungshilfe dient, kann die durch die Brille der Effizienzerhöhung sichtbar werdenden Ursachen für Unruhe nur in dem Sinne verwerten, daß er sie in neuer Form dem bestehenden Herrschaftszusammenhang integriert. Bei einer „phantasievollen“ Verwaltung kann das die Umwandlung der Hochschulen in „Kreativitäts“-Fabriken bewirken, nach Modellen, wie sie die amerikanische Industrie bereits vorexerziert. Die Unruhe wird durch Entziehung des revolutionären Bodens in systemkonforme „Kreativität“ kanalisiert. Der korumpierende Trost für den Sozialwissenschaftler, der sich für die Mitarbeit bei dieser Untersuchung zur Verfügung stellt: In einer Woche kann er durch Interviewtätigkeit ca. 300 DM verdienen.



Der dreifache Betrug der Bildungsanleihe

Ein neuralgischer Punkt der Bildungspolitik sind die Finanzen. Dazu haben sich die Herren in Bonn einen Coup ausgedacht, von dem sie sich einen propagandistischen Erfolg versprechen, ohne daß er tatsächlich zu finanziellen Belastungen führt: Die Bildungsanleihe über 1 Milliarde DM. Sie soll zu Stücken von 100 DM, zu einem Zinssatz von wohl 8 Prozent und zu einer Laufzeit bis zu 10 Jahren nur an „natürliche Personen“ (d. h. vor allem als „Volksaktie“) ausgegeben werden. Ihr Wert für die Bildungspolitik selbst wurde von Anfang an bestritten. Baden-Württemberg gäbe allein jährlich 3,5 Milliarden für die Bildungspolitik aus, meinte Filbinger und nannte die Anleihe einen „Tropfen“. Ähnlich äußerte sich KuMi Vogel von Rheinland-Pfalz. Hier rangelt die CDU in den Ländern mit der SPD im Bund um Geld und um die Lorbeeren. Die SPD, getrieben durch die Versprechungen der Regierungserklärung: „Bildungsreform an erster Stelle“, sieht sich offenbar zu spektakulären Schritten genötigt und bläst sich furchtbar auf.

Die Bildungsanleihe soll aber zweitens der Vermögensstreuung dienen. Da liegt auch der zweite Betrug. Da die Anleihe nichts ist als vorweggenommene Ausgabe, die später durch den Zinssatz erhöht durch Steuern gedeckt werden müssen, bedeutet das eine Vermögensverteilung zugunsten der bereits Wohlhabenden auf Kosten des allgemeinen Steuerzahlers.

Der dritte und wohl augenblicklich im Vordergrund stehende Anlaß ist die Funktion der Anleihe als konjunkturpolitische Maßnahme. Sie soll zwar jetzt schon ausgeschrieben werden, aber dann mindestens ein Jahr ruhen. Das paßt ausgezeichnet in die Pläne, die Kaufkraft der privaten Konsumenten abzuschöpfen, und die Konjunktur zu bremsen. Daß dieses klassisch keynesianische Mittel der Konjunkturpolitik nur die Widersprüche verstärken muß steht auf einem anderen Blatt. Hier ist nur interessant, was die Anleihe als bildungspolitisches Mittel soll.

Ihr Wert besteht offensichtlich darin, propagandistisch eine Phase einzuleiten, in der der Steuerzahler, d. h. letzten Endes die Lohnabhängigen stärker belastet werden sollen. Leussink fordert in Karlsruhe „Opfer von Bund und Ländern und von den Bürgern der Bundesrepublik“. Kultusminister Hahn (Baden-Württemberg) gar meint in ihm eigenen naiv-christlichen Zynismus, daß „dem Wohlstandsbürger eine Steuererhöhung durchaus zuzumuten sei“. d. H., die Kapitalisten, in deren Verwertunginteresse die qualifizierten Arbeitskräfte ausgebildet werden, schöpfen die Gewinne ab, und die Lasten werden als „Gemeinschaftsaufgaben“ auf die Lohnabhängigen gerecht verteilt. Daß dazu erstmals zu dem Trick mit der „Bildungsanleihe“ gegriffen wird, zeigt, wie heruntergekommen die Bildungspolitik ist.

Rektor sein - dagegen sehr!

Viele Professoren sind frustriert: ihnen ist alles nicht effektiv genug. Sie schreiben in einem „Bericht“ als Senatsmitglieder des Wahlausschusses für die Rektorwahl: „Die unzumutbare Überlastung des Rektors folgt in erster Linie aus zahllosen, viel zu langen Parlaments- und Kommissionssitzungen, deren Ergebnislosigkeit die Differenz zwischen Aufwand und Effekt immer deutlicher macht.“ In Vertretung der ultra-reaktionären Fraktion der Hochschullehrer unterschrieben die Profs Ehlich, Im Dahl, Klosterkötter, Schmidt-Kaler und Schimpf. Es habe sich „als unmöglich erwiesen, einen Hochschullehrer der RUB als Kandidaten für das Rektoramt zu benennen“. Das Ziel dieser Professoren ist es – in offener Unterstützung der Kultus- und Wirtschaftsbürokratie – einen mit allen Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Hochschulpräsidenten zu etablieren, der nicht nur effektiver die Kapitalinteressen an der Universität, sondern auch die Professoren von ihrer Selbstverwaltungstätigkeit und ihrer Auseinandersetzung mit den bösen Studenten befreit.

Eins ist klar: Auch für die Interessen der Studenten ist selbstverständlich die Arbeit in Gremien nicht sinnvoll, wenn diese Gremien nur vorgegebene Planungen unter dem Deckmantel studentischer Beteiligung

zustimmen haben.

Zwar hat das UP am 24. 6. den Schmidt-Kalauer eine Abfuhr erteilt, zwar fand sich sogar ein Hochschullehrer (Prorektor Grosse, Altgermanist) bereit, doch noch als Rektor zu kandidieren, aber das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß jeder, auch ein Liberaler wie Grosse, der jetzt die größeren Chancen gegenüber dem Assistenten-Vertreter Renesse hat, um den Preis seines Im-Amt-Bleibens-Wollens gezwungen sein wird, als Vollstrecker des Willens der Kultusbürokratie zu fungieren. Ein Assistent als Rektor oder ein Professor: beide werden den antibürokratischen Kampf der Studenten, den Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform nicht unterstützen. Sie werden versuchen, mit taktischem Lavieren, mit Mausecheln den Formierungsprozeß ein wenig aufzuhalten, so wie schon jetzt Grosse als Prorektor und Vorsitzender der Lehr-Kommission die Leussink-Thesen mitverdammte. Aber was soll's? Glaubt einer ernsthaft, Professoren oder Assistenten würden einen offensiven politischen Kampf gegen die Kultusbürokratie unterstützen? (Der Assistentenstreik ist in diesem Sinne kein Gegenbeispiel). Diesen Kampf müssen die Studenten verstärkt aufnehmen! Deshalb: Keine Beteiligung an der Rektorwahl!

Der Nummern-Student

Bundeseinheitliches Studentenstammblatt geplant!

Ein weiteres Instrument der kapitalistischen Hochschulreform auf dem Wege zur totalen Verfügbarkeit der Studenten für die Interessen der Monopole ist das von den wichtigsten bildungspolitischen Gremien geplante bundeseinheitliche Studentenstammblatt.

Der planungstechnische Vorteil des Studentenstammblatts liegt darin, daß es gleiche Grunddaten für alle Hochschulen liefert, die zudem über elektronische Datenverarbeitung schnell aufbereitet werden können. Die Angaben, die der Student macht, lassen sich über ein Identifikationsmerkmal jederzeit personal rückenschlüsseln. Sie liefern Ansatzpunkte zur sozialen wie po-

litischen Disziplinierung der Studenten.

Wenn man sich ansieht, welche Lobby hinter die Initiative steht, wird klar, wie wichtig es geworden ist, die Studenten nach den kurzfristigen Interessen der Wirtschaft und Staatsbürokratie zu verplanen. Zentrale Punkte dieses Gesetzes sind:

1. Mit diesem Gesetz geht ein weiterer Teil der Landeskompetenzen in den Kompetenzbereich des Bundes über (staatsmonopolistische Zentralisierung)
2. Das Gesetz deckt den gesamten Bereich der Hochschulen einschließlich der vorgeschalteten und nachgeschalteten Ausbildungsberufe ab (lückenlose Erfassung).
3. Der Merkmalkatalog in § 4 ist sehr umfassend, seine Formulie-

rungen sind jedoch so vage, daß in ihm denkbar viele Einzelfragen untergebracht werden können (Möglichkeit der Erweiterung des Merkmalkatalogs)

4. Der Entwurf enthält eine Auskunftspflicht § 12
5. Die unter § 14 gefaßten Bestimmungen zur Geheimhaltung (Anonymität der Daten) lassen personale Datenweitergabe innerhalb und außerhalb der Hochschule zu (Amtshilfe).

Geplant ist, in dieses Gesetz noch eine Strafvorschrift aufzunehmen, d. h. daß bei Nicht-Ausfüllung mit einer Geldstrafe zu rechnen ist! Zur Vervollständigung der technokratischen Formierungspläne sind außerdem folgende Erhebungen geplant:

- a) Ausländerfragebogen
- b) Doktorandenfragebogen
- c) Beurlaubtenstatistik
- d) Abiturientenfragebogen

Abiturientenfragebogen und Aus-

länderfragebogen sind im Entwurf des Hochschulstatistikgesetzes schon enthalten.

Hier in Bochum haben die Studenten bereits einen Vorgeschmack von dem bekommen, was da auf sie zukommt. Die inquisitorischen Fragen nach dem endgültigen Nichtbestehen einer Prüfung, nach Disziplinarstrafen usw. beweisen den Disziplinierungscharakter solcher Frageaktionen. Wie kann man sich wehren? Sicher wird dieses Hochschulstatistikgesetz nicht aufzuhalten sein, aber es gibt Mittel, die Wirksamkeit dieser Erhebungen zu behindern. Dem Aufruf des ASIA folgend, füllten eine Reihe Studenten die Stammkarten falsch aus. Mit Datenverfälschungskampagnen in Göttingen und München nahmen unsere Kommilitonen den Kampf auf.

Wenn das bundeseinheitliche Studentenstammblatt kommt: Belügt die Formierer!

ELEND DER WINKELADVOKATEN

Lehrstück in Sachen Gremienpolitik, Abt. WiWi

Bekanntlich scheiden sich an der Einschätzung studentischer Gremienpolitik die mehr oder weniger politischen Hochschulgruppen. Der folgende Beitrag soll dazu dienen, die ideologischen Fronten einmal mehr zu klären. Er bezieht seine Informationen hauptsächlich aus dem Info 2 der WiWi-Fachschaft, in dem R. Farle (D"K"SPartakus), E. Posner und J. Reimann (beide BSU), sowie Lehmann, Gebert und andere über den Erfolg ihrer bisherigen Mitarbeit in Abteilungsversammlung, Fakultät und Studienkommission berichten; das Info 2 datiert vom 8. 6. 70.

POLITISCHES PRINZIP: HOFFNUNG

Gemäß Art. 40 der RUB-Verfassung ist von jeder Abteilung auf einer drittelparitätisch zusammengesetzten Abteilungsversammlung (AV) eine Abteilungssatzung (AS) zu beschließen. Diese tritt nur dann in Kraft, wenn ihr mehr als die Hälfte der Mitglieder der Gruppen der Professoren und der Studenten zustimmen. In der Praxis sah das bei den WiWi so aus:

1. Akt: Wir entwerfen

1. AV am 29. 10. 69: Die Gruppe der Studenten legt einen ausgearbeiteten Entwurf vor. Arbeitsaufwand: 2 Monate. Die Profs wehren ab: Keine Zeit. Ergebnis der Sitzung: Einsetzung einer Satzungs-kommission. Aufgabe: Grundlagen der Satzung erarbeiten, das Gespräch in Gang bringen.

2. Akt: Ihr entwerft

Vor der 3. AV: Prof. Kuhn legt der Kommission einen eigenen Entwurf vor: Die meisten Profs lehnen ab: Keine Zeit gehabt zu lesen.

3. AV am 30. 1. 70: „Die Professoren besannen sich auf eine aktive Reaktion.“ (Info, S. 3) Ergebnis: Umbenennung der Satzungskommissionenmitglieder; Beschluß: Vorbereitung einer AS, die bis SS 70 der AV vorzulegen ist.

Als Ergebnis der Kommissionsarbeit wird am 9. 4. eine Gegenüberstellung der Assistenten/Studenten- und Professorenvorschläge

aufgestellt und der AV vorgelegt. Arbeitsaufwand: Mehr als 2 Monate. Ergebnis: Entwurf gegen Entwurf. In keinem Punkt wird eine Annäherung erreicht.

3. Akt: Wir werfen zusammen

4. AV am 15. 4. 70: „Ein Umschwung erfolgte. Von Professorenseite wurde scheinbar erkannt, daß eine bloße Reaktion nicht geeignet ist, um doch in naher Zukunft — sprich SS 70 — zu einer Satzung zu kommen.“ (S. 3) Ergebnis: Bildung einer erweiterten Satzungs-kommission. Aufgabe: Ein gemeinsamer Kompromißentwurf soll der AV am 10. 6. zur Abstimmung vorgelegt werden.

5. AV am 10. 6.: Die Entscheidung wird vertagt. Die Profs verlangen redaktionelle Änderungen (Pause)

Einschätzung des AV-Mitglieds Posner (BSU).

Kommentar zur 1. AV: (zornig) „Wie kann man jedoch arbeiten, wenn auf Vorschläge der Assistenten- und Studentenvertreter die Antwort kommt: Wir können keine Stellung nehmen, unsere Kollegen hatten noch keine Zeit!?!? Keine Reaktion ist auch eine Reaktion.“ (S. 2) Ein scharfsinniger politischer Schluß. Aber, wie pflegen doch Spartakisten so schön zu sagen: Wir geben keine Position kamplos auf. Posner kämpft also. Jedoch sieht er sich nach der 3. AV zu einer erneuten Stellungnahme veranlaßt: Er zitiert, o Wunder, einen der

unleserlichen BSZ-Artikel („Verzögerungstaktik der Professoren“), kehrt aber schließlich, nach langem „dialogisch pluralistischem“ Kampf, auf die bewährte BSU-Abwartestufe zurück: „Warum auch nicht? (er meint die Verzögerungstaktik; Anm. der Red.) Bietet die jetzige Satzung den Ordinarien doch genug Vorteile (sprich: Macht)!“ (Info, S. 2) Aber dennoch ist Hoffnung...

Anlaß: die 4. AV für die dafür sorgt, daß für Posner ein „hoffnungsvoller Schimmer am Horizont“ sichtbar ist. Fazit: Er hofft auf ein endliches Einsehen der Professoren, auf eine Beendigung ihrer „sturen und ablehnenden Haltung gegen die Demokratisierung der Hochschule“. Diese Naivität kennzeichnet die gesamte BSU-Politik. Politische Analysen der Arbeit fehlen, bzw. werden durch Geträne und Auflehnung der Profs ersetzt. Politik machen heißt für die BSU, Sitzfleisch haben oder: Teilnehmen ist alles. Noch deutlicher entlarvt sich die BSU-Illusionspolitik, wenn sie ihr „stärkstes“ Argument für Gremienpolitik, die Informationsbeschaffung, anhand praktischer Ergebnisse erläutert.

GREMIEN ALS INFORMATIONSQUELLE

Wir denken nicht daran, aus den Gremien auszuziehen, sagen BSU, FHV, Spartakus und, mit Hintertürchen, der SHB; schließlich seien Gremien zumindest als Informationsquelle brauchbar. An einer dieser Quellen hockt der Knabe

Posner. Ausführlich erläutert er Sinn und Zweck studentischer Gremienpolitik am Beispiel der WiWi-Fakultät. Die Fakultät, derzeit noch oberstes Beschlufsorgan der Abteilung, ist ein Musterbeispiel dafür, was im Rahmen der „freiheitl.-demokr. Grundordnung“ an „Demokratie“ möglich ist: Stimmenverhältnis etwa 20:2:2. Damit ist möglich: Ausschuß der Studenten und Assistenten, wann immer die Profs es für nötig erachten, wichtige personelle oder finanzielle Entscheidungen unter sich auszumäuscheln. Dennoch, Posner findet, daß sich die Profs formal korrekt verhalten, daß die 2 Stimmen für die Studenten ein „kleiner Finger“ der Profs sei, den „sie uns gänzlich entgegenstrecken- und sollte man den etwa ausschlagen?“

Posner (BSU; kommentarlos) „Überhaupt sind diese 2 Stimmen bezeichnend für die Haltung der Professoren, denn sie können jederzeit mit Recht sagen: ‚Sie werden ja angehört, sie können doch mitbestimmen, wir wollen sie ja nicht überstimmen, sondern Sie überzeugen. Warum haben wir dann noch nicht die Konsequenz gezogen und unsere Alibifunktion durch Auszug aus der Fakultät beendet? Diese Konsequenz erscheint sicher-logisch und wurde in anderen Abteilungen und vor einem Jahr auch in unserer Abteilung vollzogen, doch was wäre dadurch gewonnen? Nur eine Gelegenheit mehr für unsere Professoren, uns vorzuwerfen, daß wir den kleinen Finger, den sie uns

gnädig entgegenstrecken, nicht nehmen. Wir wollen die ganze Hand!!! Wir wollen die ganze Hand!!! Wir wollen die ganze Hand. Außerdem: Es hat sich oft als nützlich gezeigt, daß man die Fakultät als Informationsquelle nicht fallen läßt, lernt man doch aus dem Verhalten unserer Professoren in diesem Organ einiges.“ (Info 2, S. 7)

Informationsbeschaffung durch Erforschung professoralen Verhaltens, das ist BSU-Politik. Wir empfehlen Ferienkurse bei dem Psycho-Ordinarius Heckhausen („Ich als Verhaltensforscher“) zwecks Effektivitätssteigerung studentischer Gremienpolitik auf „dialogisch pluralistischem“ Wege. Aufforderung an die Wähler der Abt. WiWi: Wählt Posner und die BSU — denn sie WiWissen nicht was sie tun.

DIE SPARTAKUS-PERSPEKTIVE

Daß sich die Spartakus-Einschätzung z. B. der Fakultätspolitik von der der BSU nur verbal unterscheidet, demonstriert der Informationsbericht von Robert Farle (D,K"SPartakus). Nach einigen Anmerkungen zu dem bislang erfolglosen „Kampf“ der Professoren gegen den Numerus Clausus — der potentielle D,K"SP-Bündnispartner SPD hatte die insgesamt 2 Briefe der Fakultät „demokratisch“ in den Papierkorb wandern lassen — kommt Farle zu dem Schluß: „Zusammenfassend kann gesagt werden, daß viel geredet aber wenig gehandelt und nichts erreicht wurde.“ (S. 9) Farles politische Konsequenz aus dieser

Einsicht ist bemerkenswert: „Erst wenn die Studenten als unmittelbar Betroffene der Strukturentscheidung ihre eigenen Interessen formulieren und ihre Durchsetzung durch die Änderung der Paritäten in den entscheidungskompetenten Gremien ermöglichen, wird sich an der bisherigen Politik was ändern.“ (S. 10) Ein schönes Eigentor. In den Gremien hocken bleiben und auf das parlamentarische Wunder warten, bei gleichzeitiger Aufforderung an die Studentent ihre Interessen zu formulieren. Alle eventuell organisierbare Kraft der Studenten durch die Spielregeln entscheidungskompetenter Gremien kanalisieren und unschädlich machen, so sieht also Spartakus-Politik unverhüllt aus. Kein Satz, kein Wort über den Kampf für studentische Interessen außerhalb der bzw. gegen diese Gremien; oder soll man dieses Geschwätz des Herrn Farle als besonders elegantes Eingehen auf den momentanen Bewußtseinsstand der wi-wi-Studenten interpretieren? Oder lagen beim letztjährigen Auszug aus den Abteilungs-gremien keine studentischen Interessen zu Grunde, daß man sie jetzt erst mal zu formulieren aufordert? Oder weiß auch Herr Farle, wie sein Mitstreiter Posner von der BSU, nicht so genau, was er eigentlich sagen wollte, bzw. welche Politik zu machen ist?

Wir nehmen zur Kenntnis: Die opportunistischen Eingeleisigkeiten von BSU und Spartakus unterscheiden sich nur quantitativ.

In zwei Wochen:
FILM
IX. Parteitag
der KPCh
Originallänge,
in englischer Sprache

Fehlleistung

Als vor kurzem Schüler eines Düsseldorfer Gymnasiums gegen die Bildungspolitik in NRW drei Tage lang streikten, kam auch die Ortsgruppe der D,K"KP ihren Wahlkampfpflichten nach und schrieb in einer „Solidaritäts“adresse: „Die Solidarität der D,KP wird noch dann weiterwirken, wenn andere bürgerliche Parteien ihre Wahlversprechen längst vergessen haben werden.“

Wie beruhigend, daß die D,K"KP als bürgerliche Partei soviel Selbst-erkenntnis aufbringt.



Linksberatung

Seit ungefähr einem Jahr (seit Amtsantritt dieses ASTA) gibt es die Einrichtung einer studentischen Rechtsberatung. Termin: Dienstag und Donnerstag 12.30 bis 14.30 Uhr.

Viele Kommilitonen haben von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht, so daß es angebracht ist, kurz aus der Praxis des Rechtsberaters zu berichten. Sie stellt ein Stück politischer Wirklichkeit an der RUB dar. Die brisantesten Fälle, mit Informationen über die Methoden der politischen Polizei, können wir aus Sicherheitsgründen noch nicht bekanntgeben.

Doch worauf es ankommt, und das soll das nachfolgende Beispiel veranschaulichen, ist dies: Das bürgerliche Recht ist eines der Mittel zur Unterdrückung oft der spontansten Bedürfnisse und selbstverständlich auch der politischen Freiheit aller Klassen und Schichten außer der Bourgeoisie und ihrer Agenten. Dazu tritt aber oft, daß selbst die engen gesetzlichen Schranken enger gesetzt werden sollen. Hier ist eine wichtige Funktion der Rechtsberatung, zu helfen die legalen Schranken ausloten und die letzten Reste von Freiheitsspielraum in Anspruch zu nehmen.

Nachfolgend ein Beispiel, wie Vermieterwillkür „Recht“ setzt:

Im Roncalli-Heim wurde in letzter Zeit wieder die Diskussion um den Nachtparagrafen geführt (Besuchsverbot von 24 bis 8 Uhr).

Dieser Nachtparagraf war schon einige Male verändert worden: entsprechend den Vorstellungen über eine „Reform-Uni“ wurde das Verbot nicht aufgehoben, sondern die verbotene Zeit schrittweise um einige Stunden gekürzt. Mit dieser umfassenden Änderung verhielt man die Nichtbeachtung der Vorschrift.

Die Heimbewohner haben diesen Bestandteil des Mietvertrages gläubig hingenommen und mit belastetem Gewissen dann heimlich ihre Bedürfnisse zu befriedigen versucht, weil man diese ja nicht nur am Tage hat.

Da das Verbot in schöner Eintracht von Heimleitung und dem ihr ergebenden Heimsprecher entsprechend den Wünschen der ND-Mitglieder (ND ist kath. Männervereinigung und Bauherr) vertreten wurde, blieben die Heimbewohner brav.

Nachdem schon im vorigen Sommer ein Flugblatt darüber aufgelegt hatte, daß ein Verbot der beschriebenen Art nichtig ist und

nicht zum Vorwand für Kündigungen genommen werden kann, wurde ein in der Thematik ähnliches mit anderer Diktion vor wenigen Wochen verteilt, worin die juristische Begründung dieser Rechtslage ausführlich hergeleitet wurde. Jetzt war Information hergestellt.

Man sollte meinen, daß dieses Wissen genügt hätte, die Heimbewohner zu gänzlicher Nichtbeachtung dieser Vorschrift zu veranlassen oder deren Beseitigung durch Rechtsberatung durchzusetzen.

Mitnichten: in einer Heimversammlung (Anwesenheitszwang) wurde beschlossen — weil Herr Heimleiter die juristische Sachlage mangels guten Willens oder mangels Intelligenz nicht verstanden hatte — eine Kommission zu bilden, die darüber berät, ob die Rechtsprechung deutscher Gerichte auch für ein Roncalli-Heim verbindlich sein kann.

Den Inhalt der rechtlichen Vorschriften auf ihre Zielsetzungen hin abzuklopfen, wird erst recht peinlich vermieden.

Wo sollte das auch enden, wenn man z. B. fragt: Wem nützt die Eigentums-garantie? Wem das Wirtschaft-srecht? Wem die Mietvorschriften?

In allen Klassengesellschaften dient das Schulsystem der herrschenden Klasse, in deren Besitz sich die Produktionsmittel befinden! Die herrschende Klasse in der BRD ist die Bourgeoisie; wir leben unter der Diktatur des Kapitals, dort hat das Volk die Macht. Welche Bedeutung hat das für den Unterricht, welches sind die Unterschiede? Wir werden hier versuchen, dies anhand einiger Beispiele zu verdeutlichen.

In der BRD arbeitet man an zwei wesentlichen Veränderungen im Unterrichtssystem: die Gymnasienreform und die Universitätsreform. Bezeichnend für sie alle ist, daß sie Reformen des Monopolkapitals darstellen, daß sie eingeführt werden, um die Bedürfnisse des Monopolkapitals zu befriedigen, und daß sie den Interessen des Volkes widersprechen.

Volkes, um die Veränderungen durchzuführen. Was diskutiert wurde und immer noch diskutiert wird, ist, wie der Unterricht am besten dem Volke dient, das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern, die Aufnahmebedingungen für den höheren Unterricht, und, werden den Unterricht leiten soll.

Eine der ersten Forderungen, die gestellt wurden, war: „Sofort das bürgerliche Examen-system abschaffen!“

Während der Kulturrevolution wurde das ganze Schulsystem mit seiner Hetze nach guten Zeugnissen und der Jagd nach Punkten, seinen Schreibarbeiten und seinem Examen-denken von den Schülern zerschlagen. Sie hatten eingesehen — entsprechend dem Denken Mao Tse Tung —, daß es nicht genügt, den Kursplan zu ändern; die Art und Weise des Studierens selbst mußte verändert werden, damit nicht eine neue Herrscherklasse heranwüchse, die abermals die Macht übernehmen würde...

Ein schlechtes Examen-system zu zerschlagen, bedeutet nicht, daß man sich gegen Studien wendet. Es gab nichts „Anti-intellektuelles in dieser Revolte. Man paßte die Schule an die Gesellschaft an; an die Gesellschaft, die man aufbaute.“ (aus Jan Myrdals Serie über das Dorf Liu Ling, Aftonbladet 12. 12. 1969).

Während der Kulturrevolution kamen Lehrer, Schüler, Arbeiter sowie Techniker und Ingenieure, die auf das Mechanische Institut

von Shanghai gingen oder gegangen waren, nach eingehender Untersuchung zu folgenden Schlusfolgerungen:

1. Die Schüler sollen unter den Arbeitern und Bauern ausgewählt werden. In diesem Zusammenhang ist die Frage nach der Macht wichtig. Die einzige Garantie dafür, daß die Türen wirklich für Kinder der Arbeiter und Bauern offenstehen, ist, daß die Arbeiterklasse die Ausbildung leitet.

2. Die Ausbildung soll nicht zu lange dauern, und die soll mit praktischer Arbeit kombiniert werden, so daß die Schüler nicht von der Produktion isoliert werden. Dadurch wird ihr Vermögen erhöht, die Pro-

duktion zu lösen, die in der Produktion und bei der Forschungsarbeit entstehen.

3. Die Lehrer müssen umerzogen werden. Die jetzigen sind häufig nicht in der Lage, die Studierenden der Arbeiter- und Bauernklasse etwas zu lehren, da sie keinen richtigen Klassenstandpunkt haben.

Bauern und Arbeiter werden in die Schulen eingeladen, um ihr Wissen zu vermitteln. Schüler, die Naturwissenschaft und Technik stu-

dieren, müssen auch lernen, Maschinen zu pflegen und zu reparieren, jene, die Landwirtschaftschemie lernen, wie man düngt. Ein Leit-faden in diesem Kampf ist auch, den Unterschied zwischen manueller und intellektueller Arbeit aufzuheben. Beispiel dafür ist, daß die Schüler nach abgeschlossener Mittelschulzeit zwei Jahre in der Produktion tätig sind, bevor sie auf der Universität beginnen.

Entscheidend für das Fortsetzen ihrer Studien ist ihre Einstellung zur Arbeit und zu ihren Arbeitskameraden. Sie müssen zeigen, daß sie dem Volke dienen wollen. Die Arbeitskameraden beschließen dann, ob ein Student für Universitätsstudien geeignet ist.

Erziehung durch das Volk

Die Arbeiterklasse an der Macht

Folgendes berichtet der Journalist Rewi Alley von einer niederen Mittelschule in Kanton: „Neulich besuchte ich eine untere Mittelschule in Kanton, die jetzt mit einer Metallwarenfabrik zusammenge-koppelt wurde. Der ehemalige Rektor, jetzt Vorsitzender des Revolutionskomitees der Schule, wurde uns durch einen Repräsentanten der Fabrik als ‚alter Gao‘ vor-

gestellt, als ein Arbeitskamerad. Er war 1965 an diese Schule gekommen, und er berichtete uns, daß von den damaligen 1600 Schulabsolventen 400 zur höheren Mittelschule gingen. 40 gingen anschließend in die Fabrik und die übrigen auf Volkskommunen in der Provinz. Jetzt gab es an ihrer Stelle 2500 Schüler von den 5 Grundschulen des umliegenden Industriegebietes. Sie waren in 48 Klassen aufgeteilt, mit 72 Lehrern, die zusammen mit 16 Nicht-Lehrern die Kadergruppe der Schule ausmachten. Jeden dritten Monat kommt eine neue Gruppe von 30 Arbeitern aus der Fabrik zur Schule. Man hat sieben Stunden von je 45 Minuten am Tag, und die Lehrer geben 14 bis 16 Stunden Unterricht in der Woche.

Als die erste Arbeitsgruppe in die Schule kam, sagten viele von der Opposition: „Arbeiter wissen so wenig, wie sollen sie eine so große Schule leiten können?“ Die Antwort war: „Für wen ist diese Schule? Wer unterhält sie? Welche Art junge Menschen sollen sie formen? 95 Prozent der Schüler kommen aus Arbeiterhäusern, und ihre Zukunft liegt entweder in der Industrie oder in der Landwirtschaft.“ Die Ankunft der Arbeiter wurde von dem größten Teil der Lehrer und Schüler gutgeheißen. Sie brachten einen neuen Geist mit, der die alte Lehrer-Schüler-Tradition zum Einsturz brachte, in der Schüler meist blind an alles glaubten, was ihnen die Lehrer predigten. Jetzt konnten Lehrer und Schüler auf

natürliche Art einander kritisieren.

Die Schüler gingen an, regelmäßig sowohl in der Fabrik als auch auf dem Land zu arbeiten. Sogar Fabrikarbeiter nahmen an der Landwirtschaft teil. Als die Arbeiter mit dem Unterricht in einigen Klassen begannen und es ihnen glückte, das Interesse der Kinder einzufangen, begannen auch die Lehrer einzusehen, daß ein neuer Tag heraufgezogen war. Einige ehemals faule und wenig an Zusammenarbeit interessierte Schüler bekamen eine völlig neue Einstellung zum Unterricht. Vermittels ihrer großen praktischen Erfahrung haben die Arbeiter die Fähigkeit, allgemeines Industrierwissen lebendig zu machen, und sie wissen genau, was Klassenkampf ist.

Alte Schulbücher wurden zugunsten neuer Lektionsbücher eingezogen, die mit Hilfe der Schüler vorbereitet wurden und zwischen den verschiedenen Schulen ausgetauscht werden. Die Fächer umfassen: 1. Politik, Mao Tsetungs Denken und die dialektische analytische Methode; 2. Chinesische Sprache; 3. Mathematik; 4. Allgemeinwissen über Industrie und Landwirtschaft; 5. Revolutionäre Geschichte; 6. Militärisches und physisches Training; 7. Gesang; 8. Allgemeinwissen in Geschichte und Geographie. Ein Schuljahr besteht aus zwei Semestern. 70 Prozent sind Unterrichtszeit, und 30 Prozent sind der Arbeit in Fabriken oder Volkskommunen gewidmet.

RCDS, „K“ PSPARTAKUSFHVSHBSU

Leimruten der Bourgeoisie

An den westdeutschen Universitäten ist in den letzten Jahren eine spürbare Linksentwicklung zu verzeichnen. An den größeren Universitäten bestimmte stets der SDS das Bild der politischen Auseinandersetzungen. Er war „nur“ Vorhut und Bindeglied-Organisation für eine bestimmte Zeit. In dieser Zeit jedoch spielte er eine wichtige Rolle für die proletarische Revolution. Trotz eines vorhandenen Eklektizismus war die Hauptseite seiner Aktivitäten, die einen vorherrschend vorbereitend-kulturrevolutionären Charakter hatten, eindeutig revolutionär. Zwar kam es vor, daß die vollkommen unmarxistischen, ja, konterrevolutionären Theorien Marcuses und anderer bürgerlicher Scharlatane ideologisch eine Rolle spielten, Tatsache ist jedoch, daß die Bewegung, die der SDS anführte, die Bewegung des 2. Juni, sich auch heute noch kräftig fortentwickelt, so daß die Bourgeoisie, wie im Falle des SDS-Heidelberg, zum offenen Verbotsterror greift.

Das jedoch ist das letzte Mittel, solange die Kapitalistenklasse ihre bürgerlich-parlamentarische Maske über die faschistische Fratze gestülpt hat. Die Regel, sich unter bürgerlich-„demokratischen“ Verhältnissen unbequemer revolutionärer Gegner zu entledigen, ist allerdings eine geschickt ausgefärbte konterrevolutionäre Doppeltaktik: „Zuckerbrot und Peitsche.“ Genau so verfährt die Bourgeoisie zur Zeit an den Universitäten und Hochschulen: Sie schreit nach „Reformen“, setzt aber tatsächlich noch schlimmere als die schon geltenden Bestimmungen für den Hochschulbereich durch. Wenn stockreaktionäre, ja faschistische Professoren, wie jüngst der Nazi-Raketenforscher und NPD-Wahlwerber Oberth in München, von den fortschrittlichen und revolutionären Studenten zum Teufel gejagt werden, propagiert sie, der „Meinungspluralismus“ müsse geschickt werden. Wenn sie es „aufrichtig bedauert“, daß es einen numerus clausus gibt, und an einigen Stellen gar gnädig den NC abschafft, kann man sicher sein, daß sogenannte „Arbeitsplatzbeschränkungen“, wie in der Abteilung E-Technik eingeführt werden.

Bei all dem hat sich die Bourgeoisie ein festes Stützpunktsystem geschaffen: die reaktionäre Uni-Bürokratie, den reaktionären Ordinarierklüngel, eine Assistentenschaft, die antiimperialistische Plakate und Transparente von den Wänden reißt (vgl. BSZ Nr. 62) und gewisse Organisationen unter den Studenten selbst. Die Interessen der Bourgeoisie werden von den rechten, reaktionären (BSU, RCDS, FHV etc.) und den opportunistischen Studentengruppen (SHB, D„K“P/ Spartakus etc.) wahrgenommen! Keine dieser Gruppen hat es bisher für wert befunden, sich mit den Heidelberger SDS-Genossen, die faschistischem Verbotsterror ausgesetzt sind, zu solidarisieren. (Eisel (SHB) erzählte von der Reaktion einiger Studenten zum Verbot: „Das wurde auch Zeit!“ Auf die Frage, ob er sich darüber freue, meinte er, er enthalte sich jeder Wertung!) Wenn sie es dennoch demnächst verlogen tun werden, dann, weil sie wissen, daß die Studentenmassen das Verbot mißbilli-

gen. Statt dessen rollt die Hetzwehle gegen den SDS/ML munter weiter. Demagogisch verlangt der SHB auf seinen großen weißen Plakaten, die von der SPD mit der ausdrücklichen Begründung „weil es gegen die Maoisten geht“ (vgl. BSZ Nr. 62: „SHB-Geschnatter: Gegen Gelbsucht“) finanziert werden, daß die BSZ wieder zu einer Zeitung werden müßte, die „man“ lesen kann. Im Klartext heißt das doch wohl „zu einer Zeitung, die Kühn, Hereth (SPD-MdL, Assistent an der Abteilung 8) und Konsorten ohne Stirnrundeln lesen können.“ Dieselbe Forderung auf einem BSU-Flugblatt - Zufall? Sicherlich kein Zufall, sondern antikommunistische Einheitsfront!

Das läßt sich an einem weiteren Beispiel leicht belegen: Einen Tag, nachdem über die Presse das Komplott zwischen rechten Reaktionären und Opportunisten Reaktionen



eindeutigen Wahlerfolg der Marxisten-Leninisten in Tübingen bekanntgeworden war (vgl. S. 3), versuchte die BSU zu suggerieren, die Entscheidung bei der Wahl zum SP falle zwischen ihr und D„K“P/ Spartakus. D„K“P/ Spartakus hat aber, wie jeder Student der Ruhr-Universität weiß, gemeinsam mit der BSU den mißlungenen Karfreitagsputsch gegen den jetzigen AStA inszeniert. Wer zudem die „Programme“ beider Gruppen genauer analysiert, der wird feststellen: „Hier wird das selbe Süppchen gekocht!“ was bei der BSU marcusianisch-schwafelig „hin zu einem herrschaftsfreien Pluralismusmodell“ heißt, das meint bei D„K“P/ Spartakus die opportunistische Phrase „demokratische Erneuerung“. Die demagogische

„echte“ Alternative, die „D„K“P/ Spartakus darstellen soll, entlarvt sich so als reine Schutzbehauptung, um die von vielen Studenten richtig gesehene antikommunistische Einheitsfront als nicht existent umzulügen.

Der FHV, der nun erstmals auch, um sich eine „linke“ Anstrich zu geben, in die sozialdemokratisch-opportunistische Kerbe schlägt, behauptet, sein „Liberalismus“ unterscheide sich von Konservatismus und „dogmatischem Sozialismus“. Es komme einfach darauf an, eine „Umwälzung der Herrschaftsstrukturen“ auf friedlichem, d. h. gemeint ist durch Kunkelstein mit kapitalistischen Lakaien vom Schläger der Scheel, Weyer & Co., herbeizuführen. Die Lächerlichkeit dieser Phrase leuchtet jedem auch nur einigermaßen politisch denkenden Studenten sofort ein, gefährlicher aber ist es, wenn man bedenkt, daß D„K“P/ Spartakus dieser perspektivlosen liberal-phrasenologischen Fintenkrämerei die goldene Eselsbrücke über die revisionistische Konzeption der „systemsparenden Reformen“, der „demokratischen Erneuerung“ und der „realen“ Mitbestimmung“ bauen würde. — Spekulation? Wer das glaubt, der sollte daran denken, daß auch der FHV mit D„K“P/ Spartakus beim Karfreitagsputsch in einer Front stand, daß es von einer „Kampagne zur ‚Demokratisierung‘ der BSZ“, die der FHV angeblich geführt haben will, bis zu der Verleumdung der D„K“P/ Pisten, bei AStA und BSZ handele es sich um die „ML-Schmiere“, nicht weit ist. Über den rechtssektiererischen RCDS braucht wohl kein Wort verloren zu werden: Um welche Agenturen es sich dabei handelt, dürfte klar sein. Feststeht eins: Das Tübingen Beispiel und die für Bochum bislang beispiellose antikommunistische Hetze gegen den SDS/ML seitens der sozialdemokratisch eingefärbten „Bürgerblocks“ von D„K“P/ Spartakus/BSU/SHB/FHV macht eine einheitliche Front unter dem maßgeblichen Einfluß der D„K“P-Revisionisten möglich, wenn nicht wahrscheinlich. Die fortschrittlichen und antirevisionistischen Studenten werden deshalb diesmal eine klare Entscheidung treffen müssen — für den SDS/ML!

Ein kleines Licht namens ARU

Als der befohlene Karfreitagsputsch des „Spartakus“ gegen den AStA in die Hose ging, zeigte Mutter D„K“P Verständnis für ihre Rangen. Statt einer saftigen Tracht Prügel gabs aufmunternde Worte und Versprechen auf Hilfe. Hatten die Jungen nicht ihr bestes gegeben? War — Welch talentvoller Einfall — Alois Kircher nicht sogar mit einem Tonband zu Tschou-En Starostik gegangen, um diesen an Hand früherer Äußerungen zum Rücktritt zu drängen? War es da nicht reines Pech, daß die von Kircher vorgegebenen Eingeständnisse Starostiks in puncto Wahlfälschungen gar nicht existieren konnten und also auch auf dem Tonband fehlten? Und dabei hatte Alois Kircher sich doch entschlossen, nun endlich — und sei es mit Hilfe von Intrigen — die BSZ wieder in die Finger zu kriegen, aus der ihn seinerzeit der SDS verjagt hatte, obwohl Alois damals selbst noch im SDS war. Nein, nicht Strafe — Hilfe war hier vonnöten. Und Mutter D„K“P half rasch. Seit etwa 6 Wochen läuft eine Anzahl „Spartakisten“ voll getrötet auf dem Kampus herum. Sie haben jetzt ARU, die neue „Bochumer Studentenzeitung“, die dafür sorgen soll, daß statt 2 Spaltakisten künftig 20 im SP sitzen, die Damen der „Linken Fachschaften-Liste“ nicht einmal mitgerechnet. Wenn das nicht prima ist! Den Studenten boten sich die neuen Tatsachen folgendermaßen: über das Emblem des „grünen Blattes“ der BSZ Nr. 61 waren Schlagzeileteile derselben BSZ geklebt: „Es reicht...“ Es reicht! In jeder Hinsicht entlarvt sich ARU als Sprachrohr eines Opportunistenklüngels, der sich als „Assoziation Marxistischer Studenten“ usw. ausgibt, der von „kommunistischer Politik“ quatscht den Student aber die revolutionäre Perspektive kommunistischer Politik systematisch vorenthält, um es allen recht zu machen, um niemanden zu verschrecken. Dabei berufen sich die Spartakisten ausgerechnet auf Marx und Lenin. „Schluß mit der revolutionären Phrase“, „wir müssen das aktuelle Bewußtsein der Studenten berücksichtigen“ usw. sind Formeln, die Spartakus u. a. auch in ARU immer wiederholt. Diese grundsätzlich richtigen Sätze werden von Spartakus demagogisch gegen die Marxisten-Leninisten ausgespielt: Weil die Revisionisten von der sozialistischen Revolution, d. h. der illegalen, gewaltsamen Revolution nichts hören wollen. Wer so tut, als sei das gegenwärtige Hauptproblem auf Erden der „Weltfrieden“ und nicht der revolutionäre und notwendigerweise gewaltsame Befreiungskampf der unterdrückten Klassen und Völker — für den sind Parolen wie „Diktatur des Proletariats“, „mit der Arbeiterklasse verbünden“ und „Für den Sieg im Volkskrieg“ natürlich „revolutionäre Phrase“. Wer das gegenwärtig überwiegend kleinbür-

gerliche und schwankende Bewußtsein der Studenten ins Zentrum der Agitation stellt, ohne das revolutionäre Bündnis mit dem Proletariat unter dessen Führung zu propagieren, ohne darzustellen, daß dieses Bündnis zunehmend aktuell wird, weil das Eigentum der Kleinbourgeoisie mehr und mehr von der Großbourgeoisie geschluckt wird und weil deren Berufsplanung eine wachsende Proletarisierung auch der Intellektuellenberufe vorsieht — der kann oder will den Studenten (und nicht nur denen) keinen reinen Wein einschenken. Dem geht es um sozialdemokratischen Stimmfang und nur darum, und nicht etwa um die Ersetzung kleinbürgerlichen Bewußtseins durch revolutionäres Bewußtsein. Man braucht sich mit Spartakus und seinem Blättchen ARU nicht weiter zu befassen. Doch angesichts ihrer Demagogie sollen den Spartakisten noch einige

die D„K“P auch davon reden wollen: trachtet sie doch voll und ganz die Rolle einer bürgerlichen Splitterpartei im Parlament anzunehmen, weil sie als Fraktion der Bourgeoisie im Proletariat die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie zu fürchten hat.

Genau so Spartakus: Während selbst Sozialdemokraten schon die UP-Gremien-Farce erkannt haben, klammert sich die Revisionstruppe nach wie vor an den Popanz und auch an legale „Abteilungssatzungen“ als Ausgangspunkt für den Kampf. Als ob die deutsche Studentenbewegung in ihrem antibürokratischen Kampf nicht längst alle „legalen“ Fesseln beseitigt hätte und sie nicht immer wieder beseitigen könnte. Währlich, diese Herren bemühen sich schon gar nicht mehr um die vielzitierte Lenische Bahnsteigkarte für den revolutionären Umsturz, denn selbst die wollen sie nicht mehr. So kämpfen sie für die „Verfassung der RUB“, um unsichere Kleinbürgerstimmen zu fangen. So verschweigen sie, daß das UP in seiner gegenwärtigen drittelpartitischen Zusammensetzung eben kein Klassenkampfinstrument in der Hand der Studenten sein kann. ARU verschweigt, daß der eigentliche Klassenkampf gar nicht in diesem Uni-Parlament geführt werden kann, weil es eben nicht autonom ist, und weil die Studentenschaft überhaupt keine Klasse ist. Die Studentenbewegung ist eben nicht die Arbeiterbewegung; nur ihr fortschrittlichster Teil ist Verbündeter des Proletariats.

Aber gerade diese Weglassungen der „Spartakisten“ sind gezielte Demagogie.

Die Studenten sollen glauben, sie könnten unter Führung der Revisionisten, (auf dem Wege des friedlichen Übergangs, d. h. der „Versöhnung“ von Lohnarbeit und Kapital) ihre antikapitalistischen Interessen verwirklichen.

„Spartakus“-Köhnen zitiert in ARU 3 Lenin („Linker Radikalismus“) gegen die „Maoisten“. Dabei hat er freilich ein Eigentor geschossen. Denn Lenin wendet sich in diesem Zitat gegen die Opportunisten selbst: „Schamloser Karrierismus, Ausnutzung der Parlamentspöbchen auf bürgerliche Art, himmelschreiende reformistische Einstellung der Arbeit im Parlament, abgeschmackte spießbürgerliche Routine — das alles sind ohne Zweifel Züge, die der Kapitalismus überall, nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Arbeiterbewegung erzeugt.“ In der Tat: Nach dem Verbot der revisionistischen KPD hat der Kapitalismus innerhalb der Arbeiterbewegung die noch revisionistischere D„K“P und an der Universität ihre Ableger erzeugt. Die D„K“P ist eine Fraktion der Bourgeoisie im Proletariat. Auf diese Sippschaft treffen die Charakteristika Lenins für den Opportunismus voll und ganz zu.



Randbemerkungen ins Stammbuch geschrieben werden. Z. B. zur Gremienfrage: Da verhält sich Spartakus gegenüber den Studenten so, wie die D„K“P gegenüber der Arbeiterklasse: Dabei sein ist alles. Was interessiert die D„K“P schon die Organisation revolutionärer Arbeiter, das Risiko des illegalen Kampfes der Arbeiterklasse, wenn man während der Hochkonjunktur, d. h. während des Auftriebs der Investitionsgüterpreise mit unsinnig-verlogenen aber natürlich populären Slogans auf die Reise geht, wie: „Mieten runter, Preise runter, Löhne rauf.“ Oder: „Alles für den arbeitenden Menschen.“ Warum hat die D„K“P dabei nie von der proletarischen Forderung nach Besitz der Produktionsmittel gesprochen? Wann und wie in bürgerlichen Staaten mit Hilfe einer machtvollen revolutionären Partei der Arbeiterklasse die Machtfrage zu stellen ist, gestützt auf das organisierte Proletariat im ganzen Land, wurde von diesen „Kommunisten“ nie zur Diskussion gestellt. Aber wie soll

Men like its flavor Women love its aroma

RUM and MAPLE

PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel

RITTER

435 Recklinghausen, Martinstraße 11

gegenüber Hauptbahnhof

Telefon: 2 35 57

ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille

Bochum, Kortumstraße 45

u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kotthoff

(Mensaparkplatz)

Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Uni Grill

BODO VIGANO

Trinkhalle - Schnellimbüß

Hustadt, Auf d. Backenberg 19

Tel.: 51 11 17

Besonders zu empfehlen:

Naturreiner Weißwein
0,7 ltr. . . . DM 1,98

Rotwein, Bauerntrock
2,05 ltr. . . . DM 3,50

Guter Teppichboden-Rat

ist bei der Vielzahl von Qualitäten besonders wichtig.

Bei Keil + Kath

haben Sie die Spezialistenberatung, eine großzügige Auswahl und bewährten Verlegedienst.

Ein guter Rat: Teppiche von

KEIL & KATH

BOCHUM

Bongardstraße 28 (an der Paulus-Kirche)

Studentische Literatur

KUNST & BÜCHER SCHEUNE

Lennerhofstraße hinter der AStA-Baracke

Wellauer's English Blend ist reich an tabakem Tabakem: syrischen, türkischen, Perique und Cavendish. Eine klassische englische Mischung

ENGLISH BLEND

WELLAUER

3.50 DM

ST. GALLEN · Deutsche Lizenz ·

Koma-Markt G. Möller

Hustadtring 55 und Westenfeld 28

— Lebensmittel und Frischfleisch —

Als Dauerpreis bieten wir

Tiroler Rot- und Weißwein

2,05 Ltr. nur 3,98 DM

Außerdem viele Sonderangebote

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trispher

Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann

SÜDRING 20



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Obstler“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann die DRV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaustagegeld zahlt

Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.

Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Höhenstr. 2-4

Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 86, Telefon 6 95 46-48

HSU-Genossen:

„Haesu ist tot, wählt SDS/ML!“



Die HSU war ein typisches Produkt der Studentenbewegung. Ihre Beschäftigung mit sozialpsychologischen Problemen, Emanzipation der Frau, mit Wohnheim-Projekten und mit dem idealistischen Konzept einer „genossenschaftlichen“ Universität waren zwar gut gemeinte Ansätze zur Politisierung der Studenten, blieben aber losgelöst von einer gesamtgesellschaftlichen Analyse und somit notwendig begrenzt auf die privilegierten Interessen der Studenten.

privilegiertes Freiheit. Ausgelöst von den Septemberstreiks begriffen die sozialistischen Studenten zunehmend, daß nur die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft zur Beseitigung der Diktatur der Bourgeoisie sein kann. Nicht länger konnten HAESU und seine Antifrustrationsspäßen so tun, als seien alle politischen Probleme der Studenten und damit der Gesellschaft durch sexuelle Befriedigung gelöst.

den Teilbereich Universität „demokratisieren“, aber wir müssen gegen die Formierung unseres Studiums kämpfen, um ein immer größer werdendes Potential anti-kapitalistischer Studenten als Bündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen. Der marxistisch-leninistische SDS/ML ist heute als studentische Massenorganisation der KPD/ML, der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse, die einzige Gruppe, die die Lehren aus der Studentenbewegung gezogen hat und den Kampf der 2. Juni-Bewegung auf einem höheren Niveau konsequent fortsetzt.

Max Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne („Der gemeine Verbrecher“)

12,-

Eugen Faschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus

10,-

1 komplette Dokumentation aller Broschüren der Republikanischen Hilfe der letzten zwei Jahre (u. a. Pohle-Prozeß, Schmiedel-Prozeß, Senghor-Prozeß) ca. 350 Seiten

5,-

Begrenzter Vorrat!!!

Versand gegen Vorausüberweisung auf das Konto Nr. 282 880 der Republikanischen Hilfe, Frankfurt, Dresdner Bank (Postanschrift: Republikanische Hilfe, c/o Verlag Neue Kritik, 6 Frankfurt, Myliusstraße 58).

Achtung Studenten!

Billiger Marken-Kraftstoff

ADLER-STATION

WERNER LEDWOCH 463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107

Benzin 50,9 — Super 57,9 — Diesel 51,9

Kleine Reparaturen — Reifen- und Batterie-Dienst — Wagen waschen

AStA von Rektors Gnaden?

„In einem Brief an die Verwaltung der Ruhr-Universität Bochum hat ein Bürger sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß mit Geldern der Studentenschaft für die KPD/ML geworben wird. Anlaß dazu war ein von der Studentenschaft der Ruhr-Universität verschickter und mit ihrer Frankiermaschine freigemachter Brief, der Werbematerial des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der KPD/ML enthielt, u. a. eine Organisationsmitteilung, den kommunistischen Nachrichtendienst der KPD/ML und des KJVD, Flugblätter, Kurzmitteilungen sowie Ablichtungen von Zeitungsberichten.“

So las man's seit dem 15. Juni im Lügenblatt des Rektorats, „Der Bericht“ (Über den Wahrheitsgehalt der „Informationen“ des „Berichts“ gibt der Vorstand der Assistentenschaft ebenfalls gerne Auskunft!).

Die Bedeutung des Hetzartikels im „Bericht“ ist zu groß, als daß eine bloße Glossierung ausreichte. Das wird an zwei Dingen klar: 1. Da wir nicht glauben können, daß Briefe der KPD/ML an „Bürger“ verschickt werden, wird der Verdacht erhärtet, daß die Uni mit der politischen Polizei zusammenarbeitet. Wie sonst soll sie den zitierten Brief gekannt haben? 2. In derselben Nummer des „Be-

richts“ ist ein uralter Brief des Rektors an den AStA zur Gremienfrage abgedruckt. Preisfrage: Warum erscheinen wohl beide Artikel kurz vor den SP-Wahlen? Der Rektor kann keinen sozialistischen AStA, der Kunkelstein in Gremien ablehnt und statt dessen konsequent die Interessen der Studenten vertritt, gebrauchen. Was hat das Rektorat nicht schon alles gegen uns unternommen?

— Androhung von gerichtlichen Maßnahmen wegen der Veröffentlichung geheimer Berufungsdokumente —

— Versuch, die Beschränkung der Haushaltshoheit der Studentenschaft weiter beizubehalten —

— Sabotage des Streiks im Januar —

— Boykott der Umfrage zur Kontrolle von Auftragsforschung —

Jetzt wagt es der Rektor sogar, zur offenen Verleumdung überzugehen. Das zeigt uns, wie gefährlich für die Reaktion eine Politik ist, die konsequent die bestehenden Spielregeln zerstört, anstatt — wie etwa die Herren von Magnis und Riesenbeck — außer Redeeergüssen im UP nichts zum Interessenkampf der Studenten beizutragen. Die Unibürokratie fürchtet nicht die Leute, die ihr in Gremien verbale Niederlagen beifügen, sondern die, die wirklich die Machtfrage stellen und sich auf Gremiengeplänkel nicht mehr einlassen. Der unverschämte Eingriff des Rektors in den SP-Wahlkampf zeigt das mit aller Deutlichkeit.

PREISAUSSCHREIBEN

- 1. Wen hätte der Rektor am liebsten als AStA-Chef?
2. Wer verrät die studentischen Interessen am konsequentesten?

Als Antwort sind nur die unten angegebenen Möglichkeiten zulässig.

- Brigitte Bardot
Anton von Magnis
Hajo
Jürgen Riesenbeck
Das ML-Gespens

Folgende Preise sind ausgesetzt:

1. Preis: 14tägige Traumreise durch alle Uni-Gremien.

2. Preis: Ein gemeinsamer Tag mit dem Rektor und seinen AStA-Kandidaten.

Zwanzig wertvolle Buchpreise: *** Mein Kampf zur Demokratisierung der Tischordnung bei UP-Sitzungen.

Letzter Einsendetermin: Freitag der 3. 7. 1970.

Alle Reaktionen haben Angst davor, daß das demagogische Machwerk Uni-Verfassung entlarvt wird, daß die Studenten mit Hilfe eines sozialistischen AStA konsequent gegen die Machenschaften der Unibürokratie kämpfen. Deshalb braucht der Rektor seine scheinradikalen Marionetten unter den studentischen UP-Vertretern, deshalb will er mit aller Macht verhindern, daß wieder ein sozialistischer AStA gewählt wird. Der Rektor hat sich in eine würdige Front eingereiht.

Das Letzte aus der „Kitag“

Da der von Schultz installierte Betriebsrat doch nicht so 100%ig läuft wie ursprünglich geplant und um den vorangegangenen unsauberen Methoden bei dessen Errichtung einen legalen Anstrich zu geben, haben Schultz und die ÖTV einige Kitag-Eltern und Teile des Personals der Kitag zu einem Gespräch eingeladen.

Einem in vieler Hinsicht interessanten Gespräch. Einmal soll seitens der ÖTV Demokratie gespielt

werden: nachträglich soll die illegale Betriebsratswahl von den Einzelnen gutgeheißen werden, zum anderen soll für den Plan gewonnen werden, in Zukunft auf einen Betriebsrat zu verzichten — es ist seitens der Geschäftsleitung zu befürchten, daß ein alleiniger, ihr nicht genehmer Kitag-Betriebsrat gewählt wird.

Personal- und Elternvertreter, die eventuelle Einwände haben könnten, wurden vorsorglich nicht eingeladen.

Es darf gelacht werden

Am 3. Mai 1970 konstituierte sich die „Arbeitsgemeinschaft liberaler Studenten- und Hochschulgruppen (ALS)“ (...)

Sprecher Friedhelm Nickolmann, Stellvertreter Klaus Braun und Schatzmeister Heinrich Jost erläuterten: Die ALS wird ... versuchen, durch Evolution die Hochschule und Gesellschaft zu verändern, statt sie durch aktionisti-

sche und revolutionistische Exzesse zu zerstören. Konflikte in dieser Gesellschaft sollen nicht durch dogmatische Zielvorstellungen in einer Pseudo-Lösung aufgehoben, sondern in permanenter Analyse der Gesellschaft und ihrer Strukturen unter rationaler Abklärung der verschiedenen Interessen einer Regelung entgegengeführt werden. Friedhelm Nickolmann (FHV)

ADIEU, HERR SCHULTZ?

Die Wahl des bis dahin geschäftsführenden Vorsitzenden Schultz vom Dezember 1969 wird wegen vereinschädigenden Verhaltens widerrufen.

Dies war das wesentliche Ergebnis der letzten MV des Studentenwerks.

Schultz muß eben dies Ergebnis befürchtet haben. Deshalb versuchte er nach alter Manier mit allen Mitteln, das Zustandekommen einer solchen MV zu verhindern. Er legte den übrigen Vorstandsmitgliedern eine unvollständige Mitgliederliste vor. Folge: es wurden nicht alle Mitglieder eingeladen, weitere Folge: die MV und deren Beschlüsse wurden damit anfechtbar. So gewappnet sah er den zukünftigen Ereignissen ruhigen Blicks entgegen.

Erstmalig hatte er jedoch diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Als die Mitglieder — und solche, die es werden wollten, um Einfluß auf die Geschäfte des Studentenwerks nehmen zu können, — die dermaßen geprellt vor dem angegebenen Versammlungsraum standen und nicht reinkamen, von den neuerlichen Machenschaften erfuhren, verlegten sie kurz entschlossen die MV an einen anderen Tagungsort. Das Ergebnis s. o., wobei als vereinschädigendes Verhalten mangelhafter Schriftverkehr mit dem Vereinsregister (300,— DM Ordnungsstrafe, weitere 500,— DM

sind angedroht), satzungswidriges, eigenmächtiges Handeln (Überlassung der Westfalenbankräume an den Spartakus ohne Zustimmung des Vorstandes) u. a. vorgebracht wurden.

Der Witz bei der Geschichte ist nun, daß gerade der Mann, der die Fehlerhaftigkeit der MV absichtlich herbeigeführt hat, sich nun auf deren Fehlerhaftigkeit beruft und, damit ihm „Recht“ geschehe, Hilfe bei der Justiz sucht. Einige Tage später nämlich bringt der Gerichtsvollzieher dem neu gewählten geschäftsführenden Vorsitzenden Fuhrmann eine einstweilige Verfügung, die es ihm untersagt, die Geschäfte des Vereins zu führen, da die MV nicht ordnungsgemäß getraget und beschlossen hätte.

Antragsteller: Schultz! Soweit der Stand der Dinge. Es bleibt abzuwarten, wie das Gericht eine solche „Geschäftsführung“ beurteilt.

BSZ

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, C. Holtgreve SDS/ML, G. Kasper, M. Starostik SDS/ML). Redaktion: Kasper, Henrichs, Werner, Lehrke, Norbert, Otte, Hamid, Sadik, Salman. Zeichnungen: Klaus Dresel. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität). Auflage: 8000 Exemplare. Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion. Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hens-Böckler-Straße 12-16. Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66. Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Nächste BSZ Mittwoch 15. Juli

SDS/ML-Büchertisch Marxistisch-leninistische Literatur jeden Dienstag und Donnerstag in der Mensa!

US VERKAUF Führendes Haus in Western-Bekleidung Twen Shop Bekleidung für junge Leute Rücklaufbestände der US-Armee

H. PETERMANN Bochum - Rathausplatz 8 Telefon 66939

Schuhe von H. G. Ries Ladenstraße Uni Schnelle, preisgünstige Schuhreparaturen

Contacta Institut Bochum Kortumstr. 45 I. Etage Anpassung unsichtbarer Augengläser bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen des bewährten Systems Müller-Welt

RENAULT 4 Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage. Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km. C. M. SCHÖTTELDREIER 4630 BOCHUM Herner Straße 107 - Telefon 1 43 36 In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Imperialistische Allianz Bonn-Lissabon-Pretoria:

PROJEKT CABORA BASSA

Der Industriekurier schreibt am 13. 6. 70: „Die Versuche von Linksguppen in der BRD, die am Cabora-Bassa-Staudamm-Projekt beteiligten deutschen Firmen durch Störmaßnahmen, die bis zum Streik reichen sollen, zum Rücktritt von diesem Vorhaben zu zwingen, hat das Deutsche Industrieinstitut als eine gefährliche Verquickung von ideologischen Argumenten mit Fragen der Wirtschaftspolitik und der Außenwirtschaft scharf abgelehnt.“ Die FR vom 9. 6. hatte vom Protest der Regierung von Sambia berichtet, die die Firmen AEG, BBC, Hochtief, Siemens und Voith aufforderte, ihre Beteiligung zurückzuziehen. Das Projekt bedeute eine Stärkung der portugiesischen Faschisten in Portugiesisch-Mozambique und der Rassisten Südafrikas, außerdem eine Gefährdung Sambias. Eine Woche vorher schon hatten sich die Chefs des südafrikanischen Rassismus und des portugiesischen Faschismus über die Schwierigkeiten und militärischen Konsequenzen unterhalten. Im folgenden Artikel einiges über die „gefährliche Verquickung“ von wirtschaftlichen Interessen und brutalster Unterdrückung der Völker der 3. Welt mit Hilfe des BRD-Imperialismus.

Das Cabora-Bassa-Staudammprojekt ist nicht nur wegen seiner technischen Ausmaße (größtes Kraftwerk Afrikas), sondern vielmehr wegen seiner sozio-ökonomischen Implikationen das bedeutendste Projekt, das es zur Zeit im Süden Afrikas gibt. Seine Bedeutung liegt in erster Linie darin, daß es die ökonomische Integration der noch unter der Herrschaft weißer Minderheiten stehenden Länder im Süden Afrikas (Südafrika, Rhodesien, Portugals Kolonien: Angola und Mozambique) entscheidend vorantreibt. Die Bedeutung wiederum, die die verstärkte Zusammenarbeit für die Aufrechterhaltung und Sicherung der Herrschaft dieser reaktionären Regime hat, muß für Portugal bzw. Südafrika in unterschiedlicher Weise erklärt werden.

Die Politik Südafrikas ist nichts als die moderne Fortsetzung des klassischen Imperialismus vom Ende des 19. Jahrhunderts und der Einsichten Cecil Rhodes, seines führenden Exponenten in diesem Teil Afrikas. Schon Rhodes hatte erkannt, daß „nur militärische Okkupation in Afrika nie der entscheidende Faktor sein kann, sondern immer nur wirtschaftliche Erschließung und Durchdringung.“ (Frankfurter Allgemeine, 18. 10. 69). In diesem Zusammenhang ist der Cabora-Bassa-Staudamm zu sehen, der in den nächsten Jahren am Sambesi-Fluß in Mozambique entstehen soll. Das Cabora-Bassa-Staudammprojekt ist das größte in Afrika und eines der größten der Welt. Seine geplante Stromerzeugung v. 18,5 Mrd. Kilowatt pro Jahr übertrifft die des Assuan-Dammes in der VAR bei weitem (10 Mrd. KWh). Seine Kosten werden DM 1,7 Mrd. betragen. (Handelsblatt, 24. 4. 29; South African Financial Gazette 29. 9. 69).

Für das portugiesische Regime bedeutet das Cabora-Bassa-Projekt den Versuch, seine Kolonialherrschaft mit Hilfe der Unterstützung durch die imperialistischen Mächte zu festigen, indem es die kapitalistische Ausbeutung seines anachronistischen Imperiums vorantreibt. Durch die seit 10 Jahren laufenden Untersuchungen im Sambesi-Bekken wurde ein riesiges Potential an Bodenschätzen entdeckt, zu denen Kohle, Eisen, Kupfer, Mangan und Aluminium sowie strategische Rohstoffe wie Nickel, Beryllium, Titanium und Vanadium gehören. Diese natürlichen Ressourcen sollen mit der ab 1975 zur Verfügung stehenden billigen Energie ausgebeutet werden. Zahlreiche imperialistische Konzerne verhandeln bereits um die Abbaurechte. Dem portugiesischen Regime schwebt sogar vor, das Sambesi-Bekken zu einem Industriezentrum zu entwickeln, dessen Konkurrenzfähigkeit nicht nur durch den günstigen Transportweg, den die durch den Staudamm ermöglichte Schiffbarmachung des Sambesi darstellt, gefördert wird.

Daß die Pläne zur Erschließung des ökonomischen Potentials für die Bevölkerung Mozambiques mit wirklicher Entwicklung nichts zu tun haben, daß sie im Gegenteil — ganz im Sinne der oben zitierten imperialistischen Strategie von Rhodes — gerade dazu dienen, den nationalen Befreiungskrieg der Volkskräfte zu bekämpfen, geht nicht allein aus der verstärkten Integration in das internationale imperialistische System und besonders in den Einflußbereich Südafrikas, die ihre Verwirklichung mit Notwendigkeit zur Folge hat, hervor. Eine noch deutlichere Sprache spricht die Absicht des portugiesischen Regimes, bis Ende des Jahrhunderts eine Million Weiße in erster Linie natürlich Portugiesen, auf dem Boden anzusiedeln, der durch die mit dem Cabora-Bassa und weiteren Dämmen flussabwärts verbundenen Bewässerungsprojekten für die Landwirtschaft frucht-

BRD-Kapital im Cabora-Bassa-Projekt

Nach langen Verhandlungen wurde dem „Zambese Consortium Hidro-electrico“, kurz ZAMCO, der einzigen drei Gruppen, an der westdeutsche Konzerne beteiligt waren, im September 1969 der Auftrag erteilt. Das ZAMCO-Konsortium wurde organisiert von der Anglo-American Corporation, der Schaltstelle des Oppenheimer-Imperiums, die der mächtigste multi-nationale Konzern im Süden Afrikas und der führende Exponent des südafrikanischen Imperialismus ist. Präsident der ZAMCO ist E. S. Brown, der Geschäftsführer der Anglo-American; ihr Generalsekretär ist Dr. M. Ferreira, Vorstandsmitglied der Anglo-American. Neben den drei südafrikanischen Gesellschaften gehören fünf westdeutsche Konzerne zu den führenden Mitgliedern des Konsortiums, und zwar Siemens AG, AEG-Telefunken, Hochtief AG, J. M. Voith GmbH sowie Brown, Boverie & Cie AG. Dazu kommen neun französische Gesellschaften und je eine portugiesische und italienische. (Der Europäer, Nr. 102 (1969), S. 32).

Ursprünglich gehörte noch der schwedische Konzern ASEA zum ZAMCO-Konsortium. Nach der endgültigen Ertelung des Auftrages verzichtete er jedoch unter dem Einfluß imperialistischer Opportunitätsabwägungen der schwedischen Regierung und unter dem politischen Druck sozialistischer Gruppen in Schweden auf seine Beteiligung. Die Kampagne dieser Gruppen zielte einerseits auf den Verstoß gegen die von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen Rhodesien durch die Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt und zum anderen auf die grundlegende Funktion des Projekts in der Strategie Portugals und seiner imperialistischen Verbündeten zur Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegung in Mozambique. Das Ausscheiden ASEAs gab den deutschen Konzernen Gelegenheit, ihren Auftragsanteil zu erhöhen. Die Mittel für die Finanzierung des Projekts wird das ZAMCO-Konsortium, vor allem durch Exportkredite, überwiegend selbst aufbringen. Es hat ein internationales Finanzkomitee gebildet, deren führende Mitglieder die südafrikanische Union Acceptances, die Banque de Paris et des Pays Bas sowie die Deutsche Bank sind (African Diary, 11.—17/8. 68, S. 4048).

er besondere Anstrengungen unternommen, um seine am Ende der Rekonstruktionsphase auftretenden Expansionstendenzen zu verwirklichen. Das besondere Interesse des BRD-Imperialismus an den portugiesischen Kolonien erklärt sich daraus, daß diese zu Beginn der 60er Jahre, als das Ende der Rekonstruktionsphase sich abzeichnete und die Kapitalinteressen der BRD auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zu denen der anderen imperialistischen Mächte zu treten begannen, mit einigen Ausnahmen (z. B. Diamanten in Angola) noch weitgehend unerschlossen waren und sich daher als ergiebige Penetrationsobjekt für den Imperialismus, und vor allem für den noch nicht voll entfaltenen westdeutschen, anboten. Die Tatsache, daß die Auslösung des nationalen Befreiungskampfes in Angola 1961 das portugiesische Regime zwang, seine Kolonialpolitik zu ändern und in bis dahin unbekanntem Maße Investitionen ausländischen Kapitals zuzulassen, begünstigte diese Entwicklung erheblich. Im Gegensatz zum US-Imperialismus, der nach 1961 zunächst eine unabhängige afrikanische Regierung mit einer ihm genehmen neokolonialistischen Marionette an der Spitze in Angola zu installieren versuchte, unterstützte die Bundesregierung von vornherein rückhaltlos die portugiesischen Kolonialisten und wurde — neben den USA — zum wichtigsten Lieferanten der portugiesischen Kriegsmaschinerie und engsten Verbündeten des faschistischen Regimes in Lissabon. Auf diese Weise leistet sie für die eigentlichen Interessen des BRD-Monopolkapitals, nämlich die Erschließung von Rohstoffquellen und die Sicherung von Kapitalexporthäfen, entscheidende Wegbereiterdienste.

So buchte das BRD-Kapital 1964 einen großen Erfolg als es dem Krupp-Konzern gegen japanische und US-amerikanische Konkurrenz gelang, sich die Kontrolle über die Erschließung der im Süden Angolas gelegenen Cassinga-Eisenerz-lager durch die Finanzierung von Investitionen in Höhe von DM 250 Mio., die Lieferung der Kapitalgüter und die Durchführung des Gesamtprojektes zu sichern. Diese Lager zählen mit geschätzten Reserven von über 100 Mio. to hochwertigen Eisenerzes zu den reichsten Vorkommen Afrikas. 1967 lief die Produktion und Ausfuhr von Eisenerz an und überstieg im Jahr 1969 bereits 4 Mio. to. (Neue Zürcher Zeitung, 21. 12. 69), die vorwiegend in die BRD und nach Japan exportiert wurden. Auch die Vergabe des Auftrages zur Durchführung des Cabora-Bassa-Staudammprojektes an das ZAMCO-Konsortium ist wie auch das offizielle Organ der Bundesregierung, „German International“ vermerkt (Sept. 1968) — kaum davon zu trennen, daß das portugiesische Regime an Investitionen westdeutscher Privatkonzerne in seinen Kolonien sehr interessiert ist.

Der revolutionäre Befreiungskrieg in Mozambique

Über die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Portugal bei der Verwirklichung des Cabora-Bassa-Projektes äußerte der portugiesische Kolonialminister da Silva Cunha ganz treffend: „So zeigte sich erneut die echte Übereinstimmung der Interessen aller Länder Zentralafrikas, des letzten Bollwerks der westlichen Zivilisation auf einem von tragischen Unruhen heimgesuchten Kontinent.“ (Der Europäer, Nr. 102 (1969), S. 27). Zu diesen für die Interessen des anachronistischen portugiesischen Kolonialregimes allerdings „tragischen Unruhen“ gehört der bewaffnete nationale Befreiungskampf, den die Völker Mozambiques unter Führung der FRELIMO, der „Befreiungsfront Mozambiques“, seit 1964 gegen eben jene portugiesische Kolonialmacht führen, die ihnen unter dem Deckmantel „westlicher Zivilisation“ nichts als jahrhundertlange Unterdrückung und Ausbeutung gebracht hat. Der Anspruch da Silvas Cunhas macht zugleich deutlich, daß die „neue“ Politik, deren Ausdruck das Cabora-Bassa-Projekt ist, nur die konsequente Fortsetzung der jahrhundertlang kolonialen Ausbeutung mit den gegenwärtigen Bedürfnissen des Imperialismus etwas besser angepaßten Mitteln ist.

FRELIMO hat die Bedeutung des Projektes von vornherein klar erkannt. „Hier versuchen die imperialistischen und rassistischen Kräfte ihr letztes ökonomisches und militärisches Bollwerk zu errichten, um ihre Interessen im übrigen Süden Afrikas zu verteidigen.“ (Mozambique Revolution, no. 36 Oct. — Dec. 1968, S. 2). Neben der wirtschaftlichen Integration im Süden Afrikas, die durch das Projekt entscheidend vorangetrieben würde, betont FRELIMO vor allem das mit ihm verbundene Siedlungsprogramm im Sambesi-Bekken: „Dies ist ein Punkt, der für unseren Kampf von zentraler Bedeutung ist, denn wenn es erfolgreich ist, werden seine eine Million weißer Siedler die portugiesische Macht erheblich stärken und ihre Zerstörung beträchtlich erschweren.“ (Nationalist (Tansania), 25. 2. 70). Aus diesen Gründen führt FRELIMO ihren Kampf gegen das Projekt unter der eindeutigen Parole: „Cabora Bassa muß zerstört werden.“

Die Politik der Bundesregierung

Die entscheidende Funktion des Besuchs von BMZ-Minister Eppler in Tansania vor zwei Monaten war es, den Vorwurf, die BRD betreibe eine doppelzüngige Politik, zu entkräften, damit die BRD ihre imperialistische Politik in Tansania und im abhängigen Afrika überhaupt ungehindert fortsetzen kann, ohne auf ihre Kapitalinteressen im Süden Afrikas zu verzichten. Der Kritik an der Beteiligung am

Cabora-Bassa-Projekt treten die staatlichen Vertreter des BRD-Imperialismus nach außen mit dem Argument entgegen, es sei zu unterscheiden zwischen Handel und Politik — so etwa als handelte es sich um zwei Hände, die unabhängig voneinander operieren. Daher könne die Bundesregierung Privatkonzerne nicht daran hindern, sich am Cabora-Bassa-Projekt zu beteiligen. (Standard, 20. 2. 70). Eppler glaubt, das Problem dadurch gelöst zu haben, daß in amtlichen Statistiken „klar zwischen öffentlichen Hilfeleistungen und privatem Kapitaltransfer“ unterschieden wird (Telegraf, 12. 4. 70). Tatsächlich bringt diese statistische Abgrenzung nur noch deutlicher die Arbeitsteilung zwischen den Profitinteressen des Monopolkapitals und der staatlichen sogenannten „Entwicklungshilfe“ zum Ausdruck, wobei die umfassenden infrastrukturellen Leistungen des Staates letztlich dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals und damit — als integraler Teil der imperialistischen Politik der BRD — der Verstärkung der Unterentwicklung der Empfängerländer dienen.

Antiimperialistischer Kampf

Untersucht man den „Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien“, den Abendroth und andere D„K“P-hörige Personen unterzeichnet und in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ (März 70) veröffentlicht haben, so stellt man fest, daß dieser Aufruf auf der Ebene moralischer Argumentation

gegen das „barbarische“ portugiesische Kolonialsystem bleibt und „alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik“ auffordert, sich dafür einzusetzen, „die Öffentlichkeit in unserem Lande zu informieren“ und die Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Was der Hauptinhalt dieser Unterstützung zu sein hätte, nämlich der Kampf gegen die imperialistischen Interessen des BRD-Kapitals in Angola und Mozambique, wird mit keinem Satz erwähnt. Enthält einerseits der Ausgangspunkt der Kampagne, wie sie von der D„K“P konzipiert ist, keine revolutionäre Perspektive für die Entwicklung der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik, so läßt sich andererseits an dem Aufruf von Abendroth und Genossen zeigen, daß sie im Rahmen ihrer revisionistischen Imperialismus-Theorie auch für die kämpferischen Kolonien keine andere Perspektive aufzuzeigen wissen als die der „nationalen Unabhängigkeit“, d. h. der Integration in das neokoloniale System. Damit aber arbeiten sie den Interessen des Monopolkapitals, wie sie durch das BMZ vertreten werden, objektiv in die Hände. Es ergibt sich also notwendig, daß eine Kampagne nicht lediglich das „häßliche Gesicht“ des Imperialismus treffen darf, da sie so letztlich für einen „sauberen“ Kapitalismus eintritt und damit der Politik des BMZ in die Hände arbeitet. Jede sozialistische Kampagne muß die Entfaltung der Klassenkämpfe in der BRD zum Inhalt haben; sie muß dazu beitragen, den Kampf gegen den Monopolkapitalismus voranzutreiben, ganz gleich, in welcher Form er auftritt.



M O Z A M B I Q U E E

Frankreich

In Paris sind verschiedene Studenten wegen Verteilens von Flugblättern der durch einen Terrorakt verbotenen „Gauche Prolétarienne“ sowie wegen Verkaufs der Zeitung „La cause du peuple“ festgenommen. Sie wurden dem Untersuchungsrichter des Gerichtshofs für Staatssicherheit vorgeführt und unter Anklage der Unterstützung und des Wiederaufbaus verbotener Organisationen gestellt. Damit ist die französische Klassenjustiz zu weiteren Schritten der Liquidierung der revolutionären Linken übergegangen.

Umso grotesker ist dabei der Widerspruch, daß die französische Polizei verschiedene prominente Verteiler der „Cause du peuple“ zunächst völlig unbehelligt ließ. So konnte eine kleine Gruppe von Schriftstellern und Künstlern, unter ihnen Jean-Paul Sartre, S. de Beauvoir und Truffaut im 14. Arrondissement die verbotene Zeitung und Flugblätter der „Gauche Prolétarienne“ an das Volk verteilen, ohne von der Polizei belästigt

zu werden. So soll ein Polizist J. P. Sartre aufgefordert haben, mitzukommen, dann jedoch ausdrücklich von einer Verhaftung Abstand genommen haben. Die Taktik der Polizei scheint es offensichtlich darauf anzulegen, die vielen jungen unbekanntenen Genossen in ihre Gewalt zu bekommen.

In einer Stellungnahme bekundeten Sartre, S. de Beauvoir und Truffaut, daß diese Taktik der Polizei sehr wohl von ihnen durchschaut worden ist. Zu ihrer Erklärung heißt es: „Der Beweis ist erbracht, daß die Regierung und ihre Polizei die Verteiler der „Cause du peuple“ in vollkommen verschiedener Manier behandeln. In den meisten Fällen greift die Polizei zu allen Mitteln, um die Verteiler zu entdecken. Ergebnis: man verhaftet sie, man sperrt sie ein, man beschuldigt sie des Wiederaufbaus verbotener Organisationen vor dem Gerichtshof für Staatssicherheit. In unserem Falle ist man völlig anders vorgegangen. Die Verteiler derselben Zeitung, der gleichen verbotenen Nummer, hat weder eine Verhaftung noch eine Anklage zur Folge.“

Studentenschaft -international

Wie bekannt wurde, sind inzwischen auch Sartre und S. de Beauvoir beim Verteilen der „Cause du peuple“ vorübergehend festgenommen worden. Schwere Übergriffe gegen eine Gruppe von Flugblattverteilern der „Gauche prolétarienne“ leistete sich die Polizei am Sonntag, 21. Juni, morgens vor einer Kirche in Villeurbanne. Mit Tränengas trieb sie die Genossen in die Kirche, wo gerade eine Messe gelesen wurde, und besetzte das Kirchengebäude. Seine Solidarität mit dem Sakrament und der Staatsgewalt dokumentierte der Priester, indem er nicht nur die bewaffneten Polizisten aus der Kirche hinauskomplimentierte, sondern auch die Flugblattverteiler auf die Straße wies und damit in die Arme der Polizei jagte. Zunächst konnte sich die Gruppe

unter dem Ansturm der Polizei, noch in eine benachbarte Pension flüchten, vermochte sich dort aber nicht lange zu verteidigen. Insgesamt wurden 10 Genossen festgenommen. Nachdem ein Teil der Kirchenbesucher, der sich mit den Verteilern solidarisierte, die Kirche ebenfalls verlassen hatte, konnte der Herr Pastor seinen Gottesdienst in Ruhe und Frieden zu Ende führen.

Vietnam

In Saigon hat am Montag, 22. 6., der erste nationale Studentenkongress Südvietnams stattgefunden. Dabei haben sich alle Redner gegen den imperialistischen Überfall auf Kambodscha durch die USA und ihre südvietnamesischen Marionetten ausgesprochen. Aufs schärfste

verurteilten sie die Kollaboration der Saigoner Faschisten mit den Faschisten des Lon-Nol-Regimes. In einer Resolution forderten sie den totalen Abzug aller US-Truppen aus Südostasien, die Beseitigung jeder Form von Unterdrückung und die volle Abschaffung des Kriegsdienstes.

In einer Grußbotschaft hat der FNL den Schülern und Studenten für ihre Solidarität und tatkräftige Unterstützung gedankt. Zugleich wies der FNL auf die Notwendigkeit hin, mit allen fortschrittlichen Kräften des Volkes den Kampf gegen das Saigoner Regime auch in den Städten weiter zu verschärfen.

Bolivien

Das bolivianische Militärregime unter Alfredo Ovando hat in der vergangenen Woche behauptet, mit der Ermordung zweier revolutionärer Studenten, die der Guerrilla-Organisation ALN angehörten, nichts zu tun zu haben, obwohl allgemein bekannt geworden ist, daß Geheimdienstbeamte des Landes in diesen Mord verwickelt waren; vielmehr seien die Morde einer

„obsuren Organisation der Rechten“ zuzuschreiben. Das Ziel solcher Erklärungen ist klar: Der Geheimdienst soll nicht durch interne Verfahren bei der Liquidierung der revolutionären Kräfte des Landes behindert werden. Die Leichen der beiden Revolutionäre, eines Ehepaares, waren zuvor in der Nähe von Cochabamba gefunden worden. Sie wiesen schwere Merkmale von Folterungen auf. Inzwischen ist es in weiten Teilen Boliviens zu schweren und leidenschaftlichen Demonstrationen gegen die kaltblütigen Morde gekommen. In Cochabamba wurden 18 Demonstranten von der Polizei angeschossen. In Potosi wurde ein Student erschossen. In Sucre verhängte die Polizei nach heftigen Demonstrationen den Ausnahmezustand. Hier wie auch in La Paz hatten die Studenten verschiedene Agenturen des US-Imperialismus besetzt. Der bolivianische Präsident verstieg sich zu den üblichen Beschuldigungen der Bourgeoisie, daß die anti-imperialistischen Kundgebungen des bolivianischen Volkes „den Rechtskräften“ Auftrieb geben würden.